

Ihr Begleiter – ein Leben lang



**Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR)
2023**

VPV Allgemeine Versicherungs-AG

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	4
Zusammenfassung	6
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis.....	9
A.1 Geschäftstätigkeit	9
A.2 Versicherungstechnisches Geschäftsergebnis	11
A.3 Anlageergebnis	13
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten.....	14
A.5 Sonstige Angaben	14
B. Governance-System	15
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	15
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit	20
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.....	22
B.4 Internes Kontrollsystem.....	28
B.5 Funktion der internen Revision	30
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	31
B.7 Outsourcing.....	32
B.8 Sonstige Angaben	33
C. Risikoprofil.....	35
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	35
C.2 Marktrisiko	38
C.3 Kreditrisiko.....	41
C.4 Liquiditätsrisiko	42
C.5 Operationelles Risiko.....	43
C.6 Andere wesentliche Risiken	44
C.7 Sonstige Angaben	45
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	46
D.1 Vermögenswerte.....	46
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	51
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.....	55
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	57
D.5 Sonstige Angaben	59
E. Kapitalmanagement	60
E.1 Eigenmittel	60
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	63
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	64
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	64

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	64
E.6 Sonstige Angaben	65
Anhang.....	66

Abkürzungsverzeichnis

ALM	Asset Liability Management: <i>Aktiv-Passiv-Steuerung</i>
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BE	Best Estimate: <i>bester Schätzwert</i>
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement: <i>Basissolvenzkapitalanforderung</i>
CCO	Chief Compliance Officer
CRO	Chief Risk Officer
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e. V.
DCF	Discounted Cash Flow: <i>abgezinster Zahlungsstrom</i>
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority: <i>Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung</i>
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards: <i>Internationale Rechnungslegungsstandards</i>
IKS	Internes Kontrollsystem
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
LoB	Line(s) of Business: <i>Geschäftsbereich(e)</i>
MCR	Minimum Capital Requirement: <i>Mindestkapitalanforderung</i>
MFP	Mittelfristplanung
NAV	Net-Asset-Value: <i>ökonomisches Eigenkapital</i>
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment: <i>Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung</i>
PUC	Projected Unit Credit Methode: <i>Anwartschaftsbarwertverfahren</i>
QRT	Quantitative Reporting Template: <i>Quantitatives Berichtsformat</i>
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
RM	Risikomanagement
RMS	Risikomanagementsystem
s. a. G.	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft
SAA	Strategische Asset Allocation
SCR	Solvency Capital Requirement: <i>Solvenzkapitalanforderung</i>
uRCF	unabhängige Risikocontrollingfunktion
VA	Volatility Adjustment: <i>Volatilitätsanpassung</i>
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VPV/VPV-SAG	VPV Allgemeine Versicherungs-AG
VPV-Gruppe	VPV Versicherungsgruppe
VPV-Holding	VPV Holding Aktiengesellschaft
VPV-LAG	VPV Lebensversicherungs-AG
VPV-MaG	VPV Makler Service GmbH
VPV-Service	VPV Service GmbH
VPV-Vermittlung	VPV Vermittlungs-GmbH
VPV-VVaG	VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG WVaG
vt.	versicherungstechnisch

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten. EUR-Werte werden kaufmännisch gerundet in TEUR dargestellt. Die Bezeichnung TEUR wird als Abkürzung für eintausend Euro verwendet.

Werden für gleiche Positionen unterschiedliche Bezeichnungen im HGB- und Solvency II-Abschluss verwendet, wird in den Überschriften die an die HGB-Bilanz angelehnte Bezeichnung in eckige Klammern gesetzt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Nennung von geschlechtsspezifischen Bezeichnungen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Zusammenfassung

Die VPV Allgemeine Versicherungs-AG (VPV-SAG) betreibt in unveränderter Beteiligungsstruktur und in unveränderter Form das Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Geschäftsbereiche sind im Wesentlichen Verbundene Hausrat- und Wohngebäudeversicherungen (Sachversicherungen), Allgemeine Haftpflichtversicherungen, Rechtsschutzversicherung, sowie Unfallversicherungen nach Art der Nicht-Leben sowie nach Art der Leben.

Das versicherungstechnische Geschäftsergebnis (netto) [A.2] hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.770 TEUR verschlechtert. Maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnisentwicklung hatte das Rückversicherungsergebnis, das deutlich schlechter ausfiel.

Das Anlageergebnis [A.3] liegt mit 2.245 TEUR deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Das ist im Wesentlichen auf höhere Erträge als auch geringere Abschreibungen auf Aktien zurückzuführen.

Die Entwicklung der sonstigen Tätigkeiten [A.4] betrifft im Wesentlichen die Verrechnung von Aufwendungen zur Pensionsrückstellung. Diese ist im Jahr 2023 aufgrund des Zinsanstiegs deutlich zurückgegangen.

Sowohl beim Governance-System [B.1] als auch hinsichtlich der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit [B.2] gab es keine wesentlichen Änderungen.

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) überwacht das Gesamtrisikoprofil der VPV-SAG durch: Risikoidentifikation, Risikoanalyse und -bewertung, Risikosteuerung und Kontrolle sowie Berichterstattung. Sie schlägt Limite vor, überwacht diese und beurteilt geplante Strategien unter Risikoaspekten. Die uRCF koordiniert ebenfalls die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung. Im Berichtszeitraum ergaben sich keine wesentlichen Änderungen [B.3].

Das Interne Kontrollsystem (IKS) [B.4] der VPV dient der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs und der Einhaltung der gesetzlichen Regelungen durch interne Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen. Die Compliance-Funktion der VPV stellt sicher, dass sich Organmitglieder, Führungskräfte und Mitarbeiter rechtskonform und entsprechend den Unternehmenswerten verhalten.

Der Prüfungsplan der internen Revision wurde umgesetzt [B.5]. Die im Jahr 2023 durchgeführten Prüfungen ergaben keine schwerwiegenden Feststellungen. Im Anschluss an jede Prüfung werden festgestellte Maßnahmen in einem Bericht dokumentiert. Die Interne Revision hält die Maßnahmenumsetzung nach und berichtet regelmäßig darüber an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) [B.6] der VPV-SAG übt ihre Tätigkeit gemäß der für die VPV Versicherungen geltenden Leitlinie für die VMF aus. Zu den vier Berichtsgegenständen der VMF, nämlich Berechnung der Technischen Rückstellungen, Zeichnungs- und Annahmepolitik, Rückversicherung und Mitwirkung beim Risikomanagement, nimmt die VMF in ihrem jährlichen Bericht Stellung.

Für die Ausgliederungsvorgänge (B.7) der VPV-SAG werden Verträge mit entsprechenden Regelungen zur Begrenzung etwaiger Risiken sowie ein Dienstleistungscontrolling aufgesetzt. Die mit den Ausgliederungen einhergehenden Risiken werden zudem im IKS der VPV überwacht. Im Berichtszeitraum gab es keine Änderungen.

Unter Berücksichtigung der einzelnen Elemente kann die Angemessenheit des Governance-Systems der VPV-Gesellschaften bestätigt werden.

Das versicherungstechnische Risiko [C.1] dominiert insgesamt das Risikoprofil der VPV-SAG. Im Produktportfolio der VPV-SAG ist der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen

gemessen an den Bruttobeiträgen mit ca. 65 % stark repräsentiert. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Versicherungszweige Verbundene Hausratversicherung und Verbundene Wohngebäudeversicherung. Die Allgemeine Unfallversicherung sowie die Allgemeine Haftpflichtversicherung stellen ebenfalls bedeutende Geschäftsbereiche der VPV-SAG dar. Die Rechtsschutzversicherung wird seit dem Jahr 2021 angeboten und stellt daher nur einen kleinen, aber wachsenden Anteil des Portfolios dar. Die Bewertung des versicherungstechnischen Risikos erfolgt anhand verschiedener statistischer und aktuarieller Auswertungen der aktuellen sowie vergangenen Geschäftsjahreskennzahlen zu Beitragseinnahmen, Schadenzahlungen und der Entwicklung der Rückstellungen. Die VPV-SAG verfügt zudem über ein Risikomodell zur detaillierten Analyse des versicherungstechnischen Risikos, das ergänzend zu den Auswertungen anhand der Standardformel unter Solvency II eine umfassendere Sicht über das versicherungstechnische Risikoprofil ermöglicht. Den größten Anteil des versicherungstechnischen Risikos stellt das Naturkatastrophenrisiko dar. Diese Risiken könnten ggf. kurzfristig durch Rückversicherungszukauf gemindert werden. Auch das Prämien- und Reserverisiko im Bereich Nicht-Leben sowie im Bereich Kranken nach Art der Nicht-Leben ist wesentlich. Den Risiken aus der Prämienkalkulation und der Reservierung begegnet die VPV-SAG grundsätzlich durch den Einsatz mathematisch-statistischer Verfahren sowie durch eine sorgfältige Produktentwicklung, eingehende Risikoprüfungen aller Versicherungsanträge und Sicherheitszuschläge in den Prämien. Die Risiken Kranken nach Art der Leben stammen aus den VPV Vital-Produkten. Einen zentralen Aspekt der Solvenzsituation der VPV-SAG stellt der umfangreiche Rückversicherungsschutz dar. Die Rückversicherung wird hinsichtlich ihrer Wirkung regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Dabei wird stets auf eine sehr gute Bonität der Rückversicherer geachtet.

Das Marktrisiko [C.2] nimmt nach dem versicherungstechnischen Risiko den größten Bestandteil des Risikos der VPV-SAG ein. Den Marktrisiken begegnet die VPV-SAG im Rahmen der Kapitalanlagestrategie durch eine langfristig orientierte und gut diversifizierte Anlagepolitik, die regelmäßig anhand von Asset Liability Management-Studien und der Strategischen Asset Allocation überprüft wird. Die Kapitalanlagestrategie und der Umgang der VPV-SAG mit den Marktrisiken gewährleisten insgesamt den Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und gehen damit konform mit der Geschäfts- und Risikostrategie der VPV-SAG.

Hinsichtlich des Kreditrisikos [C.3] wird ausschließlich auf das Gegenparteiausfallrisiko eingegangen, da das Spread-Risiko sowie das Marktkonzentrationsrisiko bereits innerhalb des Marktrisikos erfasst werden. Für die VPV-SAG besteht das Gegenparteiausfallrisiko im Wesentlichen bei Forderungen gegenüber Rückversicherern, bei Bankguthaben sowie gegenüber Versicherungsnehmern.

Es muss jederzeit gesichert sein, dass die VPV-SAG ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann [C.4 Liquiditätsrisiko]. Durch die jährlich durchgeführte ALM-Studie, die konzernweite Kapitalanlageplanung und die detaillierte Liquiditätsplanung ist die VPV-SAG in der Lage, kurzfristig und für viele Jahre im Voraus die über Kapitalerträge und Fälligkeiten erzeugte Liquidität sowohl zeitlich als auch quantitativ an den versicherungsseitigen Liquiditätsbedarf anzupassen und insbesondere die Differenz zwischen erhaltenen Beiträgen und Versicherungsleistungen ausgleichen zu können. Darüber hinaus hält die VPV-SAG einen Liquiditätspuffer vor.

Den operationellen Risiken [C.5] begegnet die VPV-SAG mit einem ursachenbezogenen Risikomanagement und einem konzernweiten Vorsorgesystem. Ein wesentlicher Bestandteil des Vorsorgesystems sind das GRC-Tool, die systemseitigen Sicherungen und das Business Continuity Managementsystem. Das GRC-Tool unterstützt die Kontrollaktivitäten im Rahmen des IKS. Das IKS wird in regelmäßigen Abständen auf Konsistenz und Vollständigkeit überprüft. Die VPV sieht große Chancen in der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung. Allerdings haben auch Cyber-Risiken in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Entsprechend wirkt die VPV den damit verbundenen Risiken entgegen.

Andere wesentliche Risiken [C.6] bestehen für die VPV-SAG in Form von strategischen Risiken sowie Reputationsrisiken. Die VPV-SAG ermittelt, bewertet und kategorisiert die strategischen

Risiken im konzern einheitlichen Prozess der Risikoidentifikation. Sie unterliegen im Rahmen dieses Prozesses einer regelmäßigen Überprüfung. Seit dem Jahr 2022 kümmert sich der VPV Nachhaltigkeitsbeauftragte um die Umsetzung regulatorischer Anforderungen, treibt die Beachtung von ESG-Kriterien im Arbeitsalltag, bei Investitionen und betrieblichen Entscheidungen weiter voran und sensibilisiert die Mitarbeitenden zu Nachhaltigkeitsthemen. Die VPV will dadurch Risiken minimieren, aber auch möglicherweise sich daraus ergebende Chancen nutzen und ihrer Verantwortung als Unternehmen gerecht werden. Durch gezielte Investitionen kann die VPV einen Beitrag zu einer klimaresilienten Zukunft leisten. Die VPV achtet das Prinzip der nachhaltigen Ressourcenwirtschaft und richtet Entscheidungen und Vorgehensweisen im Hinblick auf ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte aus.

Im Kapitel [D.1] werden die Vermögenswerte der VPV in tabellarischer Form dargestellt. Anschließend erfolgt die Beschreibung der unterschiedlichen Bewertungsmethoden unter Solvency II und HGB. Der überwiegende Teil der Kapitalanlagen ist dabei durch Anleihen gegeben. Dabei werden für liquide börsennotierte Anleihen in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt. Insgesamt betragen die Vermögenswerte zum Ende des Berichtszeitraums 129.937 TEUR.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen [D.2] setzen sich aus dem Best Estimate - dem besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen - und der Risikomarge zusammen. Die versicherungstechnischen Rückstellungen belaufen sich im Berichtsjahr auf 62.899 TEUR, dabei werden weder Long-Term Guarantees- noch Übergangsmaßnahmen angewandt.

Im Kapitel [D.3] erfolgt in Bezug auf die unterschiedlichen Bewertungsmethoden unter Solvency II und HGB die Gegenüberstellung der sonstigen Verbindlichkeiten. Dabei handelt es sich größtenteils um latente Steuerschulden und Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft. Eine Übersicht der einzelnen Verbindlichkeiten ist im Kapitel enthalten.

Über die in den Kapiteln [D.1] bis [D.3] beschriebenen Bewertungsmethoden hinaus liegen keine alternativen Bewertungsmethoden [D.4] vor. Ergänzende Angaben sind nicht erforderlich [D.5].

Das Kapitalmanagement [E] der VPV ist Bestandteil des konzernweiten Risikomanagements mit dem zentralen Ziel, das Bestehen und die Unabhängigkeit des Unternehmens im Sinne der Geschäftsstrategie dauerhaft zu sichern. Die Geschäftsplanung erstreckt sich über fünf Jahre. Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) stehen 55.575 TEUR an Eigenmittel zur Verfügung. Das SCR beträgt im Berichtszeitraum 33.521 TEUR. Die aufsichtsrechtliche Bedeckung in Form der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Mindestkapitalanforderung (MCR) wird zum Berichtszeitpunkt und während des Berichtszeitraumes stets eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Solvenzquote zum 31.12.2023 beträgt 166 %.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Unternehmen

Name: VPV Allgemeine Versicherungs-AG

Sitz: Stuttgart

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Graurheindorfer Str. 108

53117 Bonn

Postfach 1253

53002 Bonn

Fon: 0228 / 4108 – 0

Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de

De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Wirtschaftsprüfer

Mazars GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

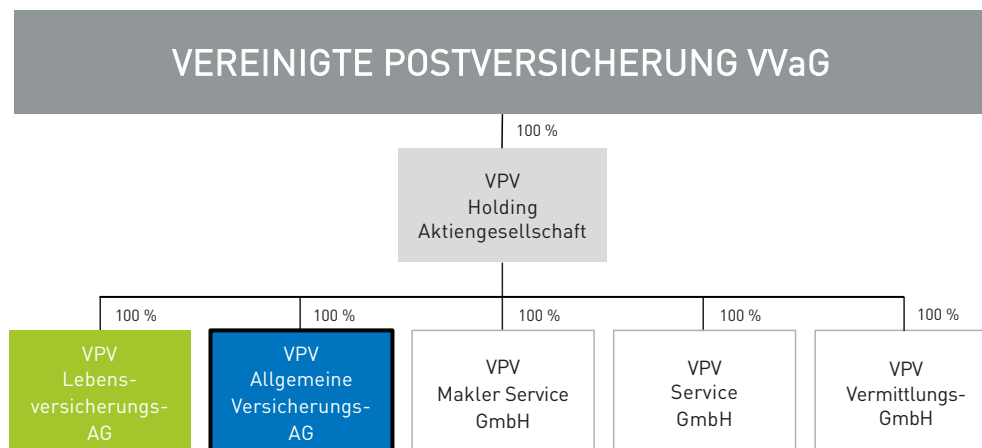
Steuerberatungsgesellschaft

Im Zollhafen 22

50678 Köln

Beteiligungsstruktur

Organigramm



Innerhalb der Gruppe ist die VPV Allgemeine Versicherungs-AG (VPV/VPV-SAG) eine Tochtergesellschaft.

Geschäftsbereich und Tätigkeitsgebiet

Das Geschäftsgebiet der VPV beschränkt sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Im Wesentlichen betreibt sie das Privatkundengeschäft. Der Bestand der VPV untergliedert sich in die folgenden Geschäftsbereiche (LoB):

Geschäftsbereich (LoB)	
Nichtlebensversicherungsverpflichtungen	
Berufsunfähigkeitsversicherung	2
Feuer- und andere Sachversicherungen	7
Allgemeine Haftpflichtversicherung	8
Rechtsschutzversicherung	10
Beistand	11
Lebensversicherungsverpflichtungen	
Krankenversicherung	29
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	33

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht, wie die handelsrechtlichen Versicherungszweige/-arten (Versicherungsbestand) auf die nach Solvency II definierten Geschäftsbereiche zugeordnet sind:

Versicherungsbestand	Geschäftsbereich (LoB)
Nicht-Leben (außer Kranken)	
Verbundene Hausratversicherung	7
Verbundene Wohngebäudeversicherung	7
Glasversicherung	7
Technische Versicherungen (Elektronikversicherung)	7
Allgemeine Haftpflichtversicherung (ohne Renten in Leistung)	8
Rechtsschutzversicherung	10
Reisegepäckversicherung ¹	11
Kranken nach Art der Nicht-Leben	
Allgemeine Unfallversicherung (ohne Renten in Leistung)	2
Kranken nach Art der Leben	
Allgemeine Unfallversicherung (nur VPV Vital-Produkte)	29
Allgemeine Unfallversicherung (nur Renten in Leistung)	33

¹ Die Reisegepäckversicherung wurde im Berichtszeitraum von LoB 12 auf 11 entsprechend der Klassifizierung des neuen QRT S.14.02 zugeordnet.

Besonderheiten im Berichtszeitraum

Die Verschärfung des Nahost-Konflikts hin zu einem Krieg in Israel und Gaza sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine beeinflussen weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland negativ. Die Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen haben unterschiedliche Effekte auf das Wirtschaftsgeschehen wie z. B. Inflation und volatile Entwicklungen an den Kapitalmärkten. Aufgrund des Geschäftsmodells der VPV, das sich auf Privatkunden mit wesentlichem Fokus auf Deutschland konzentriert, ist die VPV in ihrem Versicherungsgeschäft nicht direkt von den Auswirkungen betroffen. Mittelbare Auswirkungen sind auf das Kapitalanlage-Portfolio der VPV möglich. Dies wird mit Blick auf die Belastung der Finanzmärkte, insbesondere die inflationären Entwicklungen, im Rahmen des Risikomanagements beobachtet. Eine mögliche Erholung der Märkte hängt vor allem von der Dauer der kriegerischen Auseinandersetzungen und weiteren Sanktionen ab.

Insgesamt ergaben sich im Berichtszeitraum keine Geschäftsvorfälle, die sich wesentlich auf das Unternehmen ausgewirkt haben.

A.2 Versicherungstechnisches Geschäftsergebnis

Versicherungstechnische Ergebnisse auf aggregierter Ebene

Die VPV betreibt das selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft innerhalb Deutschlands. Auslandsgeschäfte sowie in Rückdeckung übernommene Geschäfte bestehen nicht. Seit 2021 erfolgte die Erweiterung der Geschäftsbereiche durch die Rechtsschutzversicherung (LoB 10).

Das versicherungstechnische (vt.) Ergebnis der VPV gemäß dem Quantitativen Reporting Template (QRT) S.05.01 beträgt im Berichtsjahr -1.965 TEUR (Vorjahr: -195 TEUR) und leitet sich aus den mit Nummern 1. bis 4. gekennzeichneten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) ab:

Gewinn- und Verlustrechnung (HGB)	Vt. Ergebnis (S.05.01)
1. Beiträge	
Gebuchte Beiträge	1.
Verdiente Beiträge	1.
2. Technischer Zinsertrag	
3. Sonstige vt. Erträge	4.
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.
5. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen	
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	
Abschlusskosten	3.
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	3.
Verwaltungskosten	3.
7. Sonstige vt. Aufwendungen	4.
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung	
Versicherungstechnisches Ergebnis	
9. Kapitalanlageergebnis	3.
10. Technischer Zinsertrag	
11. Sonstiges Ergebnis	3.
12. Außerordentliches Ergebnis	
13. Steuern vom Einkommen/Ertrag	
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	
Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung	

Hieraus ergeben sich folgende Kenngrößen für Berichtsjahr und Vorjahr, deren wesentliche Veränderungen nachstehend für das gesamte Versicherungsgeschäft bzw. die Geschäftsbereiche erläutert werden.

Versicherungstechnisches Ergebnis - netto [TEUR]	Gesamt	LoB	LoB	LoB	LoB	LoB
Versicherungsgeschäft 2023 IST		2, 29, 33 ¹	8	7	10	11 ²
1. Prämien						
Gebuchte Prämien	63.404	10.279	9.572	40.315	3.217	21
Verdiente Prämien	62.416	10.348	9.629	39.385	3.032	22
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)	36.718	5.234	2.935	26.314	2.234	0
3. Kosten						
Abschlusskosten	12.515	1.796	2.064	7.642	1.012	0
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	387	83	127	176	0	0
Verwaltungskosten	11.671	2.553	1.500	7.377	241	0
Sonstige Kosten	2.339	389	332	1.510	108	1
4. Sonstige vt. Erträge/Aufwendungen	-1.139	2	2	-1.142	1	0
Versicherungstechnisches Ergebnis	-1.965	378	2.800	-4.600	-563	20

Versicherungstechnisches Ergebnis - netto [TEUR]	Gesamt	LoB	LoB	LoB	LoB	LoB
Versicherungsgeschäft 2022 IST		2, 29, 33 ¹	8	7	10	11 ²
1. Prämien						
Gebuchte Prämien	58.545	10.389	9.587	36.466	2.079	23
Verdiente Prämien	58.229	10.440	9.691	36.212	1.863	23
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)	32.323	2.357	3.815	24.379	1.772	0
3. Kosten						
Abschlusskosten	10.815	1.215	1.525	6.865	1.210	0
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	2.108	474	718	916	0	0
Verwaltungskosten	11.077	2.602	1.487	6.884	104	0
Sonstige Kosten	2.413	441	374	1.519	78	1
4. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen (inkl. Deckungsrückstellung)	-759	-777	10	16	-8	0
5. Sonstige vt. Aufwendungen	1.037	0	0	1.037	0	0
Versicherungstechnisches Ergebnis	-195	3.048	2.500	-4.455	-1.310	22

¹ Aufgrund der durch die Allgemeine Unfallversicherung nach deutscher Rechnungslegung bestehenden Produktverbundenheit mit Rentenfällen werden die Geschäftsbereiche Kranken nach Art der Nicht-Leben (LoB 2) und Kranken nach Art der Leben (LoB 29 und LoB 33) zusammengefasst dargestellt.

² Ehemals LoB 12

Prämienentwicklung

Der Beitragszuwachs (brutto) für das gesamte Versicherungsgeschäft beträgt 9,2 %.

Das absolut gesehen größte Beitragswachstum erzielte die Feuer- und Sachversicherung (LoB 7) mit einem Beitragsplus von 4.975 TEUR bzw. 11,9 %. In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung (LoB 8) sind die Beiträge auf Vorjahresniveau und in der Allgemeinen Unfallversicherung (LoB 2, 29, 33) leicht gesunken (-0,6 %). Die 2021 neu eingeführte Rechtsschutzversicherung (LoB 10) erzielte Beiträge (brutto) von 3.327 TEUR.

Nach Abzug der vertraglich auf die Rückversicherung entfallenden Anteile sowie der Veränderung der Beitragsüberträge verbleibt eine verdiente Nettoprämie von 62.416 TEUR, die sich gegenüber dem Vorjahr um 4.188 TEUR erhöht hat.

Entwicklung der Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)

Im Berichtsjahr war der Schadenverlauf durch einige Großschäden in der Unfallversicherung geprägt, die zum Teil nachreserviert werden mussten, sowie durch einen erhöhten Schadenaufwand

in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung insbesondere durch Feuer- und Leitungswasserschäden. Nach der Wintersturmserie „Ylenia, Zeynep, Antonia“ Anfang 2022 wurde die VPV zum Ende des Berichtsjahres erneut von einem Sturm „Zoltan“ getroffen mit einem Schadenaufwand von über 1 Mio. EUR.

Die Bruttoschadenaufwendungen für Geschäftsjahresschäden des gesamten Versicherungsgeschäfts betragen 48.377 TEUR nach 44.560 TEUR im Vorjahr.

Die bilanzielle Bruttoschadenquote insgesamt beträgt 59,1 % nach 54,4 % im Vorjahr.

Nach Abrechnung der Rückversicherung verbleiben Nettoschadenaufwendungen von 36.718 TEUR (Vorjahr: 32.323 TEUR) mit einer bilanziellen Nettoschadenquote von 58,8 % (Vorjahr: 55,5 %).

Kostenentwicklung

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Abschluss- und Verwaltungskosten) erhöhten sich im Berichtsjahr auf insgesamt 24.572 TEUR nach 23.999 TEUR im Vorjahr. Der Anstieg um 573 TEUR ist hauptsächlich auf gestiegene Bestandsprovisionen zurückzuführen. Gemessen an den verdienten Bruttoprämien ergibt sich eine Kostenquote von 34,5 % (Vorjahr: 36,4 %).

Nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen von 387 TEUR (Vorjahr: 2.108 TEUR) beträgt die Nettokostenquote 38,8 % (Vorjahr: 37,6 %).

Die Sonstigen Kosten haben sich mit 2.339 TEUR gegenüber dem Vorjahreswert von 2.413 TEUR leicht vermindert.

Sonstige versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen vt. Erträge und Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die Feuerschutzsteuer für Verträge der Verbundenen Hausrat- und Wohngebäudeversicherung im Geschäftsbereich „Feuer- und andere Sachversicherungen“ (LoB 7).

A.3 Anlageergebnis

Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlagegeschäfte

Anlageergebnis [TEUR]	2023 IST	2022 IST	Abw.
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	0	0	0
Anlagen	3.287	3.346	-60
Darlehen und Hypotheken	0	0	0
Depotforderungen	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	169	1	168
Erträge	3.456	3.348	108
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	0	0	0
Anlagen	1.211	1.789	-579
Darlehen und Hypotheken	0	0	0
Depotforderungen	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0	0	0
Aufwendungen	1.211	1.789	-579
Anlageergebnis	2.245	1.558	687

Die Erträge aus Kapitalanlagen sind im Vergleich zu 2022 leicht gestiegen, was im Wesentlichen auf Erträge aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten zurückzuführen ist.

Die Aufwendungen sind vor allem aufgrund geringerer Abschreibungen auf Aktien niedriger ausgefallen als im Vorjahr.

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne sind nicht vorhanden.

Anlagen in Verbriefung

Im Berichtszeitraum wurden, wie auch im Vorjahr, keine Anlagen in Verbriefungen getätigt.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen

Wesentliche Erträge und Aufwendungen [TEUR]	2023 IST	2022 IST	Abw.
Wesentliche Erträge			
Erträge Zinsen	5	0	5
Wesentliche Aufwendungen			
Pensionsrückstellung	6	303	-297

Die Aufwendungen für die Pensionsrückstellung setzen sich aus der Zinszuführung zur Pensionsrückstellung zusammen. Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wie im Vorjahr auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst.

Finanzierungs-Leasings

Die VPV hat keine Finanzierungs-Leasing-Geschäfte getätigt.

Operating-Leasings

Die VPV hat keine Operating-Leasing-Geschäfte getätigt.

A.5 Sonstige Angaben

Die Kapitel A.1 bis A.4 enthalten alle wesentlichen Informationen über die Geschäftstätigkeiten, Leistungen und Ergebnisse.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Aufbauorganisation von Vorstand, Aufsichtsrat und Schlüsselfunktionen

Mitglieder des Vorstands, Ressortübersicht und zugeordnete Organisationseinheiten

Vorstandsressort 1	Vorstandsressort 2	Vorstandsressort 3	Vorstandsressort 4
<p>Klaus Brenner (Vorstandsvorsitzender)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzen und Steuern • Personal • Risikomanagement, Informationssicherheit und Kapitalanlagencontrolling • Revision, Recht und Compliance 	<p>Dr. Olaf Schmitz (Generalbevollmächtigter)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Leben: Produktentwicklung, Aktuariat und Rückversicherung • Kapitalanlagenmanagement • Nachhaltigkeit 	<p>Steffen Guttenbacher</p> <ul style="list-style-type: none"> • Komposit: Tarifentwicklung und Rückversicherung • Service: Antrag, Policierung, Bestand Schaden/Leistung • allgemeine Dienste und Input-/Outputmanagement • IT: Entwicklung, Rechenzentrum und Organisation/Prozesse 	<p>Dietmar Stumböck</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vertrieb: Ausschließlichkeit, Makler und Kooperationen • Vertriebsinnendienst • Marketing

Der Gesamtvorstand bildet die Geschäftsleitung. Jedes Vorstandsmitglied leitet im Rahmen der Geschäftsordnung und der Vorstandsbeschlüsse sein Arbeitsgebiet, das aus dem jeweiligen Geschäftsverteilungsplan ersichtlich ist. Dabei beachtet jedes Vorstandsmitglied die Beschlüsse, die der Gesamtvorstand getroffen hat, selbstständig, unter eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Die Geschäftsorganisation umfasst Prozesse zur regelmäßigen und Ad-hoc-Übermittlung von Informationen, Berichten der Geschäftsbereiche und Funktionen an die Vorstandsmitglieder. Auf dieser Basis sowie aufgrund entsprechender Beratung nimmt die Geschäftsleitung ihre Leitungsaufgaben wahr und trifft Entscheidungen. Abhängig von der Bedeutung eines Geschäftsvorfalles oder einer Entscheidung bestimmt die Entscheidungs- und Kontrollmatrix, die für alle Geschäftsvorfälle der Konzernunternehmen beschlossen wurde, ob für wesentliche Vorgänge der Ressort- bzw. der Gesamtvorstand eingebunden wird. Hierbei ist generell das Vier-Augen-Prinzip zu beachten. Getroffene Entscheidungen sowie die Art und Weise, wie Informationen und Stellungnahmen der eingebundenen Schlüsselfunktionen berücksichtigt wurden, werden mit den wesentlichen Hintergrundinformationen dokumentiert.

Darüber hinaus verantwortet der Gesamtvorstand, dass eine ordnungsgemäße und wirksame Geschäftsorganisation eingerichtet ist und fortlaufend weiterentwickelt wird. Hierzu zählt insbesondere ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem (RMS) und Internes Kontrollsystem (IKS).

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens einschließlich der verbundenen Unternehmen. Darüber hinaus regelt die Geschäftsordnung des Vorstands bestimmte zustimmungsbedürftige Geschäfte, die dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorzulegen sind.

Der Aufsichtsrat

Der Funktion nach übernimmt der Aufsichtsrat eine Überwachungs- und Kontrollfunktion des Vorstands.

Der Aufsichtsrat übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung sowie nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats aus. Vorstand und Aufsichts-

rat nehmen die jeweils aktuelle Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex zur Kenntnis und streben an, bei ihren Entscheidungen die Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprechend zu berücksichtigen, soweit sie zum Unternehmen passen und im Unternehmensinteresse liegen.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder der Geschäftsleitung, beschließt deren Vergütung und überwacht ihre Tätigkeiten. Bestimmte Arten von Geschäften dürfen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden. Um seine Pflichten zu erfüllen, sind für den Aufsichtsrat Informations-, Einsichts- und Prüfungsrechte eingerichtet. Der Aufsichtsrat nimmt diese Rechte aktiv wahr und berät die Geschäftsleitung u. a. bei strategischen Entscheidungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder haben aus ihrer Mitte für besondere Angelegenheiten Ausschüsse gebildet. Diese setzen sich jeweils aus mindestens drei Mitgliedern zusammen.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsratsmitglieder der VPV-Gesellschaften ist in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

Gesellschaft (Anzahl Aufsichtsrats- ratsmitglieder)	Aufsichtsratsmitglieder	Ausschuss				
		Nominierung	Personal	Finanzen	Strategie	Prüfung und Risiko
VPV-VVaG (3)	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)	X	X	X	X	X
	Schädler, Andreas	X	X	X	X	X
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender; Schriftführer)	X	X	X	X	X
VPV-LAG ¹ (12)	Altmeyer, Veronika		X		X	
	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)	X	X	X	X	X
	Diem, Claudia			X		
	Engel, Jürgen					X
	Ertl, Kerstin					X
	Freiling, Andreas, Dr. (Experte Abschlussprüfung)				X	X
	Grimm, Iris				X	
	Hübler, Arne		X			
	Lörper, Johannes, Dr.			X	X	X
	Mütze, Ulrich Werner			X		
	Schädler, Andreas	X				
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender; Financial Expert, Schriftführer)	X	X	X	X	X
VPV-SAG (3)	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)		X	X	X	X
	Engel, Jürgen		X	X	X	X
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender, Financial Expert, Schriftführer)		X	X	X	X

¹ Der Aufsichtsrat unterliegt der Mitbestimmung nach dem Drittelbeteiligungsgesetz. Acht der Aufsichtsratsmitglieder werden von der Hauptversammlung, vier weitere Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern gewählt.

Schlüsselfunktionen

Es wurden vier unternehmensübergreifende Schlüsselfunktionen eingerichtet: Unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF), Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion (VMF)

und Funktion der internen Revision. Diese sind dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet und berichten unmittelbar an ihn. Weitere Schlüsselaufgaben wurden nicht identifiziert.

Information zu Verantwortung, Informationswegen und Funktionen

Die VPV verfügt gemäß § 23 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) über ein geeignetes, transparentes und angemessenes Governance-System, das ein solides und vorsichtiges Management gewährleistet. Aufgaben und Zuständigkeiten sind voneinander abgegrenzt und direkte Berichtswege an den Vorstand eingerichtet.

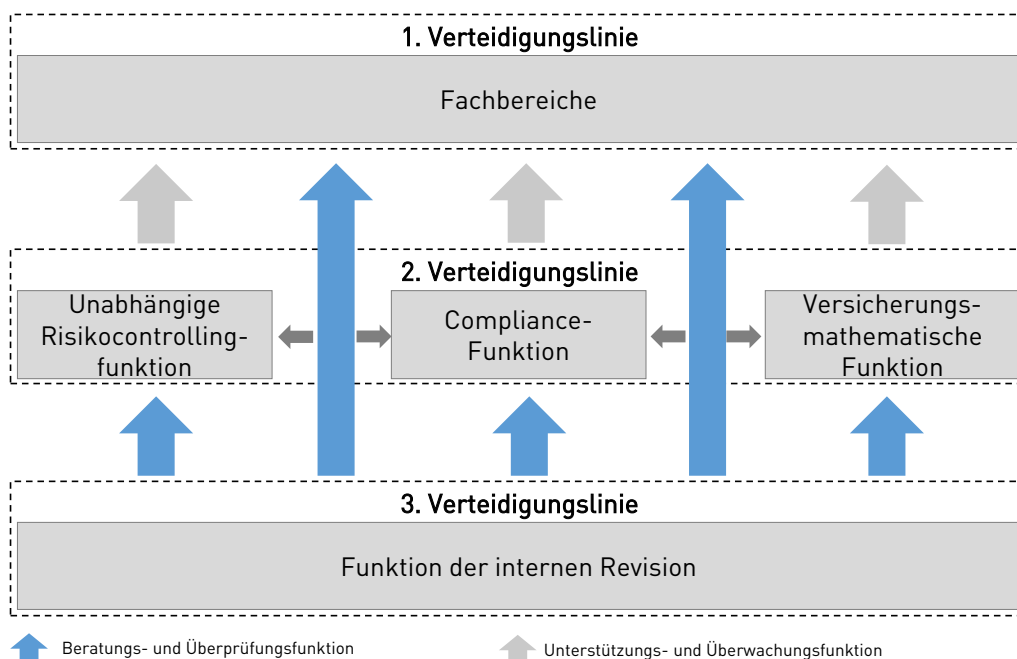
Die Inhaber der Schlüsselfunktionen haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben einen uneingeschränkten Zugang zu den relevanten Informationen. Bei Bedarf informiert der Vorstand die jeweilige Schlüsselfunktion eigeninitiativ, angemessen und zeitnah (ggf. ad hoc) über alle erforderlichen Tatsachen. Alle Mitarbeiter der VPV sind außerdem aufgefordert, den Funktionsinhabern vollständig und aktuell alle für deren Tätigkeit erforderlichen Informationen bereitzustellen und sie über wesentliche Zusammenhänge zu unterrichten.

Unter den Schlüsselfunktionen bestehen keine Weisungsbefugnisse, so dass eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung gewährleistet ist. Konflikte können über die jeweilig zuständigen Vorstandsmitglieder eskaliert werden. Die Geschäftsleitung der VPV steht in angemessener Interaktion mit den Aufsichtsratsgremien und den eingesetzten Ausschüssen sowie mit den Führungskräften und Schlüsselfunktionen innerhalb der VPV Versicherungsgruppe (VPV-Gruppe).

Die Schlüsselfunktionen sind mit angemessenen Ressourcen und Befugnissen für ihre Aufgabenerfüllung ausgestattet. Vorstand und Aufsichtsrat fördern aktiv die Aufgabenerfüllung der Schlüsselfunktionen (tone from the top).

Die Schlüsselfunktionen arbeiten eng zusammen und tauschen sich laufend untereinander aus, um insgesamt die Wirksamkeit des Governance-Systems sicherzustellen. Dazu nutzen sie insbesondere die folgenden Gremien: Das Kooperationsforum Governance zur Abstimmung grundsätzlicher funktionsübergreifender Governance-Themen und die Koordinationsbesprechungen Governance zur Koordination von aktuellen risikorelevanten Fällen, konkreten Risikolagen, aktuellem Handlungsbedarf, Zuständigkeiten sowie zur Umsetzung aktueller Rechtsentwicklungen.

Modell der drei Verteidigungslinien



Die Unterscheidung der Governance-Funktionen fügt sich in das Modell der drei Verteidigungslinien ein, das sowohl in der VPV als auch in der Praxis vielfach angewendet wird:

- 1. Linie besteht aus Mitarbeitern und Führungskräften der Fachbereiche. Diese sind verantwortlich für die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von Risiken aller Art im Tagesgeschäft.
- 2. Linie besteht aus der unabhängigen Risikocontrollingfunktion, der Compliance-Funktion sowie der Versicherungsmathematischen Funktion. Diese sind u. a. verantwortlich, die ihnen zugewiesenen Überwachungs- bzw. Kontrollfunktionen regelmäßig durchzuführen.
- 3. Linie besteht aus der Funktion der internen Revision. Diese ist verantwortlich, das Governance-System sowie sämtliche Aktivitäten innerhalb der Gesellschaften der VPV-Gruppe regelmäßig zu prüfen.

Erweiterte Ausführungen zu den Hauptaufgaben der Schlüsselfunktionen und deren Einbindung in die Aufbauorganisation sind in den Kapiteln B.3 bis B.6 enthalten.

Wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Es gab im Berichtszeitraum keine wesentlichen Veränderungen.

Angaben zu Vergütungspolitik und -praktiken

Grundsätze der Vergütungspolitik

Die VPV hat im Geschäftsjahr 2023 drei Mitarbeiter.

Die VPV-Gruppe hat bereits im Jahr 2010 konzernweit Vergütungsgrundsätze festgelegt und schriftlich fixiert. Hiernach dürfen die Vergütungssysteme u. a.

- nicht manipulierbar sein,
- keine negativen Anreize schaffen und
- müssen den langfristigen Unternehmenserfolg ausreichend berücksichtigen.

Die VPV-Gruppe hat unterschiedliche Vergütungssysteme für die unterschiedlichen Funktionen im Innen- und Außendienst, für Fach- und Führungskräfte.

Im Einzelnen gibt es neben den arbeitsvertraglichen Bestimmungen Regelungen (Rechtsgrundlagen) zu Vergütungsgrundsätzen in den Tarifverträgen für die private Versicherungswirtschaft, in Betriebsvereinbarungen und Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss.

Für die weit überwiegende Anzahl der Innendienstmitarbeiter sowie der Angestellten des akquirierenden und organisierenden Außendienstes gilt der Manteltarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft. Dieser beschreibt die Anforderungen der Stellen detailliert und koppelt sie an entsprechende Tarifgruppen.

Für Teilnehmer der Fachlaufbahn und für Führungskräfte des Innendienstes existiert ein konzernweites System einer übertariflichen Vergütung, das eine ausreichende Transparenz und Angemessenheit der Anforderungsprofile und Tätigkeitsmerkmale gewährleistet. Eine nachhaltige Entwicklung der VPV soll damit sichergestellt werden. Der variable Vergütungsanteil ist nach hierarchischer Einordnung unterschiedlich. Er beträgt zwischen einem Bruttomonatsgehalt (Ebene Gruppen-/Teamleiter bzw. Junior-Experte) und maximal 15 % des Bruttojahresfixgehalts (Ebene Abteilungsleiter bzw. Senior-Experte und Bereichsleiter/Landesdirektor/Vertriebsdirektor). Der variable Vergütungsanteil ist von der Zielerreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig. Ausschließlich bei den Funktionen Landesdirektor und Vertriebsdirektor hängt die variable Vergütung von max. fünf Individualzielen ab, die vor dem jeweiligen Betrachtungszeitraum vereinbart wurden.

Im angestellten akquirierenden Außendienst werden neben einem fixen Mindesteinkommen gemäß § 3 des Gehaltstarifvertrages in Verbindung mit Teil III des Manteltarifvertrages erfolgsabhängige Abschluss- und Betreuungsprovisionen gezahlt. In Abhängigkeit zur Produktion des Vorjahres wird auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung ein Bonus vergütet.

Die Vergütung des organisierenden Außendienstes (Funktionen: Bezirksdirektor, Regionaldirektor, Organisationsbeauftragter/Direktionsbevollmächtigter, Vermittlerbetreuer) setzt sich aus einem Jahresgrundgehalt, das in zwölf gleichen Raten gezahlt wird, und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung basiert auf einem Zielvorgabe-/Zielvereinbarungssystem. Der variable Vergütungsanteil beträgt unter Berücksichtigung garantierter Vorschusszahlungen in Abhängigkeit zur Vorschusshöhe maximal das 0,4- bis 0,8-fache des Jahresgrundgehalts. Bei besonders guter Leistung besteht eine Überverdienstmöglichkeit (Funktion Bezirksdirektor). Bei der Funktion Bezirksdirektor werden in Ausnahmefällen („Altverträge“) noch sogenannte Superprovisionen gezahlt. Hierbei handelt es sich um eine Provision, die den betroffenen Bezirksdirektoren für Geschäfte gezahlt wird, die die ihnen zugeordneten Vermittler abgeschlossen haben. Der variable Vergütungsanteil bei Vermittlerbetreuern beträgt bei voller Zielerreichung 5 TEUR brutto und kann bei Übererfüllung bis maximal 10 TEUR brutto betragen.

Die Vergütung der leitenden Angestellten im Innen- und Außendienst (Bereichsleiter, Landesdirektoren und Vertriebsdirektoren) setzt sich ebenfalls aus einem Jahresgrundgehalt, das in zwölf gleichen Raten bezahlt wird, fixen Sonderzahlungen und einer variablen Vergütung zusammen.

Die fixe Sonderzahlung beträgt 15 % des Jahresgrundgehalts und wird in zwei gleich großen Raten im Juni und November ausgezahlt. Die variable Vergütung beträgt maximal 15 % des Jahresgrundgehalts und ist mit Ausnahme bei den Funktionen Landesdirektor und Vertriebsdirektor von der Erreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig. Bei den Funktionen Landesdirektor und Vertriebsdirektor hängt die variable Vergütung von max. fünf Individualzielen ab, die vor dem jeweiligen Betrachtungszeitraum vereinbart wurden.

In der jährlich stattfindenden Personalkostenplanung (Kosten und Mitarbeiterkapazitäten) wird die Angemessenheit der Personalkosten im Verhältnis zu den Gesamtkosten der VPV geprüft und ggf. Maßnahmen zur Korrektur erarbeitet. Dieser Prozess stellt sicher, dass die berechtigten Interessen der Mitarbeiter und die wirtschaftlichen Interessen (insbesondere Gefährdung einer adäquaten Kapitalausstattung) der VPV berücksichtigt werden.

Alle Mitarbeiter sind ausreichend informiert, wie die für sie maßgeblichen Vergütungselemente und -systeme ausgestaltet sind. Wichtige Dokumentationen wie z. B. die tariflichen Regelungen (Gehaltstarifvertrag) oder Betriebsvereinbarungen zur variablen Vergütung, Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss zur variablen Vergütung etc. sind im Intranet der VPV für sämtliche Mitarbeiter verfügbar und können zusätzlich auch in der Personalabteilung oder beim zuständigen Betriebsrat bzw. Sprecherausschuss eingesehen werden.

Die Vergütungsregelungen sind weiter schriftlich im Arbeitsvertrag sowie ggf. in Betriebsvereinbarungen bzw. Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss und im Tarifvertrag fixiert. Bei Änderungen der Vergütung (insbesondere bei Gehaltserhöhungen) erhalten die Mitarbeiter eine schriftliche Bestätigung.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsleitung ist in schriftlichen Anstellungs- bzw. Arbeitsverträgen festgelegt. Die Zielgröße der variablen Vergütung beträgt bei einer 100 %igen Zielerreichung 30 % der Brutto-Jahresfixvergütung. Die variable Vergütung kann maximal 45 % der Bemessungsgrundlage betragen. Im Falle einer negativen Zielerreichung entsteht eine negative variable Vergütung (Bonus-Malus-System). Sie ist ausschließlich von der Erreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig, das der Aufsichtsrat beschließt. Der Aufsichtsrat überprüft in regelmäßigen Abständen die Bezüge der Vorstände. Im Rahmen des Unternehmensziels sind auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Die Kriterien für die variable Ver-

gütung umfassen finanzielle wie auch nicht finanzielle Leistungsindikatoren. Grundlage bildet die mittelfristige Unternehmensplanung.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsleitung ist über die Vergütung der Tätigkeit für die VPV-LAG mit abgegolten.

Bezüglich der Festlegung der Höhe der Vergütung nimmt die VPV regelmäßig an branchenspezifischen Vergütungsvergleichen teil und prüft die Wettbewerbsfähigkeit der internen Vergütungsleistungen. Verantwortlich hierfür ist der Bereich Personal.

Die variablen und festen Vergütungsbestandteile der betroffenen Mitarbeiter und der Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsleitung stehen in einem ausgewogenen Verhältnis. Der jeweilige feste Bestandteil macht einen ausreichend hohen Anteil der Gesamtvergütung aus. Bei der Festlegung des Verhältnisses zwischen variablen und festen Vergütungsbestandteilen wurde auch auf den Grad der Beeinflussungsmöglichkeiten des Unternehmensziels geachtet. Weiter wurde die jeweilige Höhe der variablen Vergütung so festgelegt, dass Fehlanreize vermieden werden.

Die Vergütung der Beschäftigten der VPV ist im Rahmen eines einheitlichen Arbeitsverhältnisses mit der VPV-LAG abgegolten.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder setzt sich aus Fixvergütungen zusammen und wird mittels eines marktüblichen Referenzmarktes bestimmt. Hierbei werden insbesondere erhöhte Anforderungen aufgrund veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen, eine zunehmende Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit und erhöhte Haftungsrisiken für Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt.

Individuelle und kollektive Erfolgskriterien variabler Vergütungsbestandteile

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist über die Vergütung der Tätigkeit für die VPV-LAG mit abgegolten.

Die Vergütung der Beschäftigten der VPV ist im Rahmen eines einheitlichen Arbeitsverhältnisses mit der VPV-LAG abgegolten.

Beschreibung von Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen

Die Bestimmungen zur betrieblichen Altersversorgung der Beschäftigten der VPV sind im Rahmen eines einheitlichen Arbeitsverhältnisses mit der VPV-LAG geregelt.

Ruhestandsgehälter der Mitglieder des Vorstands sind in den Dienstverträgen der VPV-LAG ermessensunabhängig geregelt. Der Aufsichtsrat kontrolliert die Vereinbarungen regelmäßig. Die Aufsichtsorgane haben keine ergänzenden Vereinbarungen.

Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum

Wesentliche Geschäftsvorgänge mit Personen, die einen bedeutenden Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder mit Personen, die Mitglied der Aufsichtsgremien sind, sind im Berichtszeitraum nicht zu verzeichnen.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit

Beschreibung der spezifischen Anforderungen an Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben

Aus Sicht der VPV betreffen die Fit & Proper-Anforderungen folgende Personenkreise:

- Aufsichtsrat
- Vorstand

- Verantwortliche Personen für Schlüsselaufgaben:
 - *Unabhängige Risikocontrollingfunktion*
 - *Compliance-Funktion*
 - *Funktion der internen Revision*
 - *Versicherungsmathematische Funktion*

Die VPV hat in der Leitlinie für die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit („Fit & Proper-Leitlinie“) die vom genannten Personenkreis erwartete Ausbildung und Berufserfahrung verbindlich festgelegt. Dabei wird grundsätzlich zwischen den Qualifikationsanforderungen an Individuen und an Gremien unterschieden.

Qualifikationsanforderungen an Individuen

An die fachliche Eignung von Personen, die die VPV leiten bzw. für eine Schlüsselfunktion verantwortlich sind, werden folgende Qualifikationsanforderungen gestellt:

- berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen, die eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens/Ausübung der Schlüsselfunktion gewährleisten
- berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen in der jeweiligen Schlüsselfunktion
- theoretische und praktische Kenntnisse in Versicherungsgeschäften sowie im Fall der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben: angemessene Leitungserfahrung
- Risikomanagement-Kenntnisse, so dass die wesentlichen Auswirkungen der Risiken auf das Unternehmen beurteilt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können
- analytische Fähigkeiten und Problemlösungskompetenz
- Kommunikationsfähigkeit mit allen Unternehmensebenen
- (Grund-)Kenntnisse in allen Bereichen des Versicherungsunternehmens

Qualifikationsanforderungen an Gremien

Neben den Qualifikationsanforderungen an Individuen achtet der Aufsichtsrat bei der Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands darauf, dass im Kollektiv der jeweiligen Gremien eine angemessene Vielfalt von Qualifikationen, Kenntnissen und Erfahrungen und somit die notwendige Sachkunde vorliegt, um die Geschäfte des Unternehmens angemessen zu beurteilen, zu überwachen und kritisch zu hinterfragen. Folgende Mindestanforderungen bestehen dahingehend:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und -modell, Risikosituation
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen
- Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung
- versicherungsspezifische Kenntnisse im Risikomanagement und der Informationstechnologie

Die Mitglieder des Aufsichtsorgans müssen keine Leitungserfahrung vorweisen.

Beschreibung der Vorgehensweise bei der Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

Auswahlprozess

Mitglieder des Vorstands

- Ausschreibung der Stelle durch Beauftragung einer Personalberatung und/oder Kandidatenfindung über Empfehlung durch die Gremien (Aufsichtsrat, Vorstand)
- Vorstellung und Interview der Kandidaten im Personalausschuss des Aufsichtsrats
- Empfehlung mit ausführlicher Stellungnahme des Personalausschusses
- Vorstellung im Aufsichtsrat und Interview durch den gesamten Aufsichtsrat

Schlüsselfunktionen

- Ausschreibung der Stelle durch Beauftragung einer Personalberatung und/oder interne Kandidatenfindung
- Auswahlgespräche mit dem Ressortvorstand unter Einbeziehung des Personalbereichs und ggf. einer externen Personalberatung
- ggf. Auswahlverfahren mit Mitgliedern des Vorstands, dem Personalbereich und ggf. einer externen Personalberatung
- nach Abschluss des Entscheidungsprozesses Übertragung der Verantwortung für die Schlüsselfunktion

Mitglieder des Aufsichtsrats

- Mitglieder des Aufsichtsrats des VPV-VVaG sollten Vereinsmitglieder des VPV-VVaG sein und dürfen nicht Abschlussprüfer, Treuhänder, Verantwortlicher Aktuar oder Angestellte des VPV-VVaG sein
- Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats
 - beschreibt die mit dem Mandat bzw. den Mandaten verbundenen Anforderungen
 - beurteilt Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewerber
 - unterbreitet dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidatenvorschläge für Mandate im Aufsichtsrat
- Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrats obliegt der Beschlussfassung durch die Hauptversammlungen
- Arbeitnehmervertreter der VPV-LAG werden nach dem Drittelbeteiligungsgesetz durch die Arbeitnehmer gewählt

Regelprozess zur Überprüfung

Gemäß der Fit & Proper-Leitlinie werden bei der ersten Bestellung bzw. Übertragung einer Schlüsselfunktion der Lebenslauf, Zeugnisse und Befähigungsnachweise, Führungszeugnisse, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister, Kreditauskünfte und Auskünfte der zu prüfenden Person eingeholt, um die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit zu überprüfen. Bei jeder Verlängerung der Bestellung, mindestens jedoch alle fünf Jahre, werden das Führungszeugnis und die Kreditauskünfte erneuert.

In festgelegten Intervallen besprechen die Personen, die für eine Schlüsselfunktion verantwortlich sind, mit ihren Führungskräften den aktuellen Stand ihrer fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sowie die seit der Erstbestellung oder dem letzten Gespräch eingetretenen Veränderungen. Abhängig vom konkreten Einzelfall werden Maßnahmen eingeleitet, um bspw. veraltete Fachkenntnisse durch Schulungen zu aktualisieren. Gespräch und Maßnahmen werden dokumentiert. Lassen sich Beeinträchtigungen dauerhaft nicht beheben, wird die für die Schlüsselfunktion verantwortliche Person ihrer Verantwortung entbunden.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung**Zielsetzung des Risikomanagements**

Das Risikomanagementsystem (RMS) der VPV ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung und integriert alle Tochterunternehmen im Konzern. Das konzernweite und übergreifende RMS ist mit allen wesentlichen Funktionsbereichen der Einzelgesellschaften verknüpft. Die breite Verzahnung des RMS stellt sowohl eine konzernübergreifende als auch eine unternehmensindividuelle Risikosicht sicher. Übergeordnete Zielsetzungen des Risikomanagements sind:

- Analyse und Umgang mit Chancen und Risiken
- Schutz des Unternehmens vor Vermögensverlusten materieller und immaterieller Art
- Sicherstellung einheitlicher Prozesse zur Erfüllung der Anforderungen im Risikomanagement
- Verpflichtung zur Risiko-Früherkennung

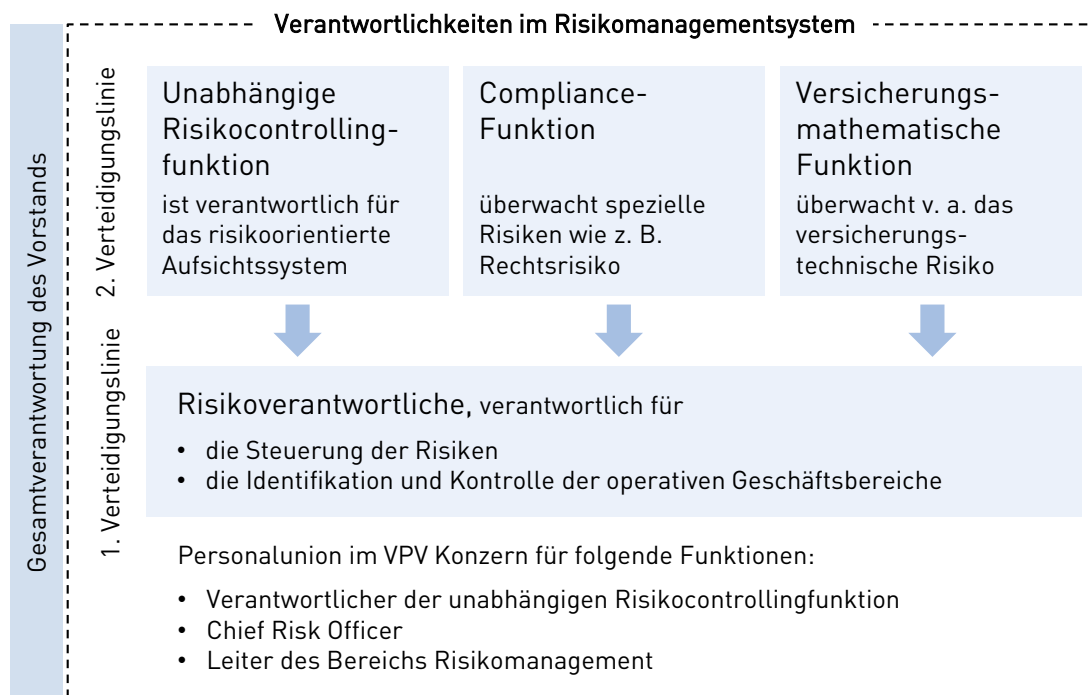
Mit diesen Zielsetzungen leistet das Risikomanagement einen entscheidenden Beitrag zur Wertschöpfung des Unternehmens.

Organisation und Aufgaben des Risikomanagementsystems

Bei der aufbauorganisatorischen Eingliederung des RMS beachtet die VPV vollständig den Grundsatz der Funktionstrennung. Zusätzlich werden flankierende Maßnahmen umgesetzt. Das RMS umfasst folgende wesentliche Aufgaben:

- Durchführung und Weiterentwicklung des Asset Liability Managements
- Durchführung von Stresstests und Berechnungen gemäß der Standardformel
- Berechnungen, Dokumentation und Berichterstattung im Own Risk and Solvency Assessment-Prozess
- Anwendung und Pflege des Governance/Risk/Compliance-Tools (GRC-Tool)
- Steuerung des Risikotragfähigkeits- und Limitsystems inkl. Überwachung des Risikobudgets (GRC-Tool)
- Überwachung risikoaufbauender Positionen
- Durchführung und Pflege der Risikobefragung/Risikoinventur/Risikoinventar
- Verantwortung für das interne Kontrollsystem
- Verantwortung für das Notfallmanagementsystem inkl. Business Continuity Management und Business-Impact-Analyse
- Regelmäßige Bewertung der Risikostrategie auf Konsistenz zur Geschäftsstrategie
- Überwachung der Chancen und Risiken von Nachhaltigkeitsthemen
- Teil der Überwachungsverfahren gemäß § 132 VAG
- Verantwortung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS)

Die Aufbauorganisation des RMS setzt sich aus einzelnen Subsystemen zusammen, die unterschiedliche Risikomanagementfunktionen des Unternehmens wahrnehmen. Nachfolgend sind die Subsysteme im Überblick und in ihrem zeitlichen Bezug dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Zuordnung zu den Verteidigungslinien im RMS.



Die unabhängige Risikocontrollingfunktion in Personalunion mit dem Chief Risk Officer
Entsprechend der Vorgaben aus § 26 VAG ist ein umfassendes, risikoorientiertes Aufsichtssystem

implementiert. Hierfür ist im Wesentlichen die unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) verantwortlich. Der Chief Risk Officer (CRO) ist die intern verantwortliche Person für die uRCF. Die uRCF unterstützt die Geschäftsleitung bei der Handhabung des RMS. Die uRCF überwacht das RMS genauso wie das Gesamtrisikoprofil des Unternehmens und ist für die operative Umsetzung des gesamten RMS in der VPV verantwortlich.

Die uRCF arbeitet im Auftrag der gesamten Geschäftsleitung und berichtet ihr und dem Aufsichtsrat aktiv über wesentliche Risikoexponierungen, das Gesamtrisikoprofil sowie die Angemessenheit des RMS. Sie hat ein Vetorecht gegenüber Einzelentscheidungen zu wesentlichen risikoaufbauenden Positionen eines Ressorts. Überdies steht sie der Geschäftsleitung beratend zur Seite. Die uRCF kommt ihrer Steuerungs- und Kontrollfunktion zudem regelmäßig bei folgenden Aufgaben nach:

- Prüfung der Risikostrategie auf Konsistenz zur Geschäftsstrategie
- Angemessenheitsprüfung der schriftlichen Leitlinien zum Risikomanagementsystem
- Überprüfung und Bewertung der Methoden und Prozesse zur Risikobewertung und Weiterentwicklung
- Limitvorschläge und deren Überwachung
- Beurteilung geplanter Strategien und neuer Vorhaben unter Risikoaspekten
- Steuerung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
- Förderung des Risikobewusstseins der vom Risikomanagementsystem betroffenen Mitarbeiter
- Beurteilung von Nachhaltigkeitsthemen aus Chancen- und Risikogesichtspunkten
- Steuerung angemessener interner Meldeverfahren

Compliance-Funktion

Als Bestandteil des RMS überwacht die Compliance-Funktion, wie die Rechtsrisiken im Konzern ausgeprägt sind.

Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) überwacht Teile der vt. Risiken im Konzern und ist damit ebenfalls ein Bestandteil des RMS.

Risikomanagement

Der Bereich Risikomanagement (RM) steuert die dezentralen Risikomanagementprozesse und lässt die Ergebnisse in einem konzerngültigen Gesamtrahmen zusammenfließen. Die Zuständigkeit des Bereiches RM und damit auch das RMS erstreckt sich dabei auf den gesamten Konzern inkl. des VPV-VVaG als operativ tätige Einzelgesellschaft und Muttergesellschaft im Konzern. RM unterstützt die uRCF, die dem Vorstand gegenüber unmittelbar berichtspflichtig ist. Der Leiter des Bereiches RM nimmt die Schlüsselfunktion uRCF wahr und er ist gleichzeitig der CRO. Operativ nimmt RM folgende Aufgaben wahr:

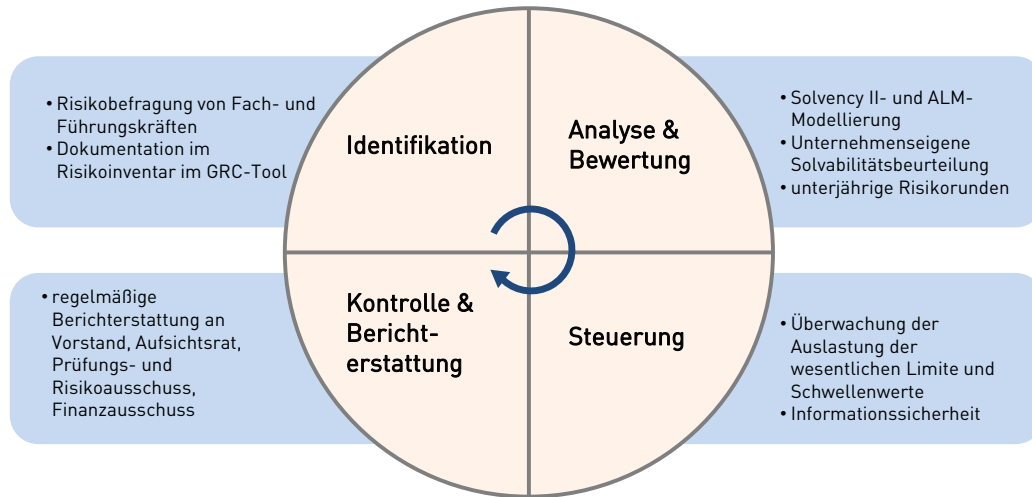
- Verwaltung des Risikoinventars und Durchführung der jährlichen Risikoinventur mittels GRC-Tool
- Operative Umsetzung der Aufgaben des Risikomanagements
- Durchführung des quantitativen Risikomanagements, insbesondere Asset Liability Management-Analysen, Solvenzberechnungen und Own Risk and Solvency Assessment
- Überprüfung der Risikosituation mittels Stresstests und Szenarien
- Verantwortung für das gesamte Notfallmanagement einschließlich des Business Continuity Managements
- Dokumentation und Berichtswesen
- Strategiearbeit
- Kapitalanlagecontrolling
- Risikotragfähigkeit und Limitsystem
- Unterstützung der Risikoverantwortlichen aller Fachbereiche
- Informationssicherheit

Risikoverantwortliche

Die uRCF bildet neben der Compliance Funktion und der VMF entsprechend des obigen Schaubildes die zweite Verteidigungslinie. Die Risikoverantwortlichen bilden die erste Verteidigungslinie. Sie identifizieren und kontrollieren die verantworteten Risikofelder und sind außerdem zuständig, Berichte zu erstellen und Risikobewältigungsmaßnahmen durchzuführen.

Prozesse im Risikomanagementsystem

Das nachfolgende Schaubild stellt die Verfahren und Prozesse des RMS im Überblick dar.



Risikoidentifikation

Das operative Management der Risiken findet dezentral in den Fachbereichen statt, wo das fachliche Know-how zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung vorliegt. Regelmäßig befragt RM hierzu Fach- und Führungskräfte mittels Risikoeinschätzungen zur Risikosituation der VPV. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden im Risikoinventar im GRC-Tool dokumentiert, das der Bereich RM führt und verwaltet. Daneben sind die Fachbereiche aufgefordert, jederzeit bei wesentlichen Veränderungen der Risikosituation Ad-hoc-Risikomeldungen einzureichen, so dass auf Veränderungen zeitnah reagiert werden kann und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können.

Risikoanalyse und -bewertung

Die im Risikoinventar aktualisierten Risiken bewertet RM zusammen mit den Risikoverantwortlichen. Konkret werden die Parameter des Risikos wie z. B. die Eintrittswahrscheinlichkeit in unterschiedlichen Zeiträumen, die Schadenhöhe, die zu ergreifenden Maßnahmen zur Risikominderung und/oder die Korrelationen zu anderen Risiken überprüft und bewertet.

Im Anschluss daran aggregiert der Bereich RM die Ergebnisse und bewertet sie in stochastischen Risikomodellen. Die Ergebnisse gehen unmittelbar in die unternehmensweite Berichterstattung ein und dienen der Geschäftsleitung als Entscheidungsgrundlage. Sofern möglich werden bereits im Vorfeld Maßnahmen zum Umgang mit den Risiken entwickelt.

Ein wesentliches Gremium ist die regelmäßig tagende Risikorunde, die potenzielle und bereits bestehende Risiken vor dem Hintergrund sich bietender Chancen diskutiert und analysiert. Sie ist Teil der unternehmensweiten Risikokultur und spiegelt den Umgang mit Chancen und Risiken wider. Die Risikorunde, die der Chief Risk Officer leitet, setzt sich aus folgendem Personenkreis zusammen:

- Chief Risk Officer
- Unabhängige Risikocontrollingfunktion
- Versicherungsmathematische Funktion VPV-LAG, VPV-SAG und VPV-VVaG

- Verantwortlicher Aktuar VPV-LAG, VPV-SAG und VPV-VVaG
- Leiter Kapitalanlagemanagement
- Leiter Kapitalanlage- und Risikocontrolling
- Leiter Finanzen und Steuern
- Chief Compliance Officer
- Leiter Interne Revision
- Weitere Beauftragte der VPV (Informationssicherheitsbeauftragter, Datenschutzbeauftragter, Geldwäschebeauftragter, Nachhaltigkeitsbeauftragter)

Jedes Mitglied der Risikorunde und der Gesamtvorstand können die Risikorunde einberufen. Die Risikorunde tagt regelmäßig. Darüber hinaus wird sie anlassbezogen einberufen, um Entscheidungen zu treffen, Risikopotenziale zu beseitigen und geeignete Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Die Risikorunde unterstützt damit nachhaltig die Zielsetzung der Risikokonferenz der VPV.

Risikosteuerung

Eine wesentliche operative Steuerungsgröße des RMS ist das Risikobudget. Es wird direkt aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet, an den Risikoappetit des Vorstands adjustiert und ergibt sich u. a. aus den Vorgaben der Geschäfts- und Risikostrategie. Risikobudget, Limite und Schwellenwerte räumen den Entscheidungsträgern Spielräume ein, Chancen zu ergreifen und zeigen frühzeitig Handlungsbedarf auf, um Maßnahmen einzuleiten.

Überwachung und Berichterstattung

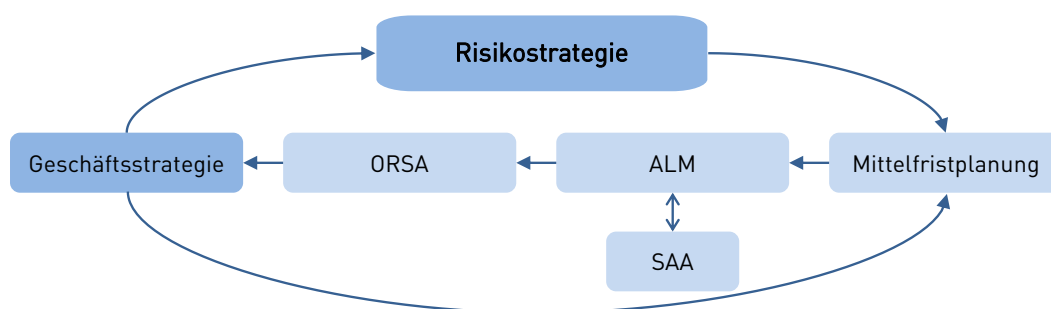
Das Limit- und Schwellenwertsystem, das wiederum ein Bestandteil des konzernweiten IKS ist, überwacht die Auslastung des Risikobudgets.

In regelmäßigen Abständen oder bei Bedarf auch ad hoc berichtet die uRCF über die aktuelle Risikosituation an den Vorstand, den Aufsichtsrat, den Prüfungs- und Risikoausschuss sowie den Finanzausschuss.

Als weitere Kontrollorgane im RMS wirken u. a. Aufsichtsrat, Wirtschaftsprüfer, Treuhänder der Sicherungsvermögen, Verantwortlicher Aktuar sowie die Interne Revision mit. Die Interne Revision überprüft als unabhängige Instanz regelmäßig die Angemessenheit und Gesetzeskonformität des RMS und des IKS.

Geschäftsstrategie, Risikostrategie, Mittelfristplanung, ALM und ORSA im Gesamtkontext

Die Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und legt die Ziele und Vorgaben für das Risikomanagement der VPV fest.



Die Risiko- und Geschäftsstrategie wird bei der Aufstellung der Mittelfristplanung (MFP) berücksichtigt und enthält Risiko- und Managementvorgaben für das Asset Liability Management (ALM). 2023 haben die VPV-LAG und die VPV-SAG Studien zum ALM durchgeführt. Die ALM-Studien treffen mittels stochastischer Simulationen wahrscheinlichkeitsbasierte Aussagen über die zukünftige Unternehmenslage in unterschiedlichen Kapitalmarktszenarien. Die sich aus den Studien ergebenden Projektionen und Analysen sind wesentliche Entscheidungsgrundlagen. Die Prozesse und die dazugehörigen Ergebnisse der ALM-Studien sind eng mit den Prozessen des Kapitalanlagemanagements

gements verknüpft, so dass marktnahe Inputdaten für die ALM-Studien zur Verfügung stehen und auch die Ergebnisse direkt in die Kapitalanlagestrategie, die sogenannte Strategische Asset Allocation (SAA), einfließen. So wird sichergestellt, dass einerseits die Risiken ausreichend simuliert und andererseits sich bietende Chancen im Rahmen der Risikotragfähigkeit genutzt werden können.

Die Ergebnisse der ALM-Studien werden im Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) für weitere Berechnungen herangezogen und die ORSA-Ergebnisse werden wiederum bei der Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie berücksichtigt.

Angaben zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

ORSA-Prozess

Grundsätzlich wird der ORSA-Prozess als ein Prozess aufgefasst, der sich einerseits von der Erstellung der Geschäftsstrategie und andererseits von der Risikoinventur bis hin zur abschließenden Berichterstattung an den Vorstand und die Aufsicht erstreckt. Die VPV hat hierzu eine ORSA-Leitlinie erstellt, die den Soll-Prozess darstellt. Sie legt u. a. die Beteiligten und ihre Verantwortlichkeiten fest sowie die Prozesse und Abläufe, die bei der Durchführung eines ORSA einzuhalten sind. Insbesondere legt sie Bewertungsmethoden fest und es wird definiert, welche Stress- und Sensitivitätsanalysen sowie weiteren Analysen durchgeführt werden sollen.

Die VPV unterscheidet zwischen dem ORSA im engeren und im weiteren Sinn. Unter dem Begriff „ORSA im weiteren Sinn“ versteht die VPV die Integration des RMS in die Unternehmenssteuerung. Unter dem Begriff „ORSA im engeren Sinn“ hingegen wird die tatsächliche Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) und die Aufstellung der Solvenzübersicht verstanden. Der ORSA im engeren Sinn ist damit nur eine Teilmenge des gesamten ORSA-Prozesses.

Die VPV hat das ORSA-Modell entsprechend den Anforderungen und den Gegebenheiten der Risikosituation angepasst. Dazu hat sie einerseits Einflussgrößen, die ebenfalls im Standardmodell verwendet werden, so angepasst, dass sie die Belange der VPV erfüllen und die unternehmensindividuelle Risikosituation adäquat abbilden. Dies gilt insbesondere bei der Risikobeurteilung von Finanzinstrumenten. Die Ermittlung der abweichenden Einflussgrößen und Risikoannahmen basiert auf Vergangenheitswerten, Modellberechnungen und auf Expertenschätzungen. Andererseits ersetzen externe Berechnungen Module, die nur schwer und unter Inkaufnahme von Informationsverlusten bzw. gar nicht an die Risikosituation der VPV angepasst werden können.

Bei der ORSA-Modellierung greift die VPV auf langjährige Erfahrungen aus den ALM-Studien zurück und stimmt diese mit dem ORSA-Modell ab. Das ORSA-Modell wird wie das ALM-Modell regelmäßig evaluiert und bei Bedarf angepasst. Durch unterjährige Aktualisierungen der Berechnungen wird die Auslastung der Eigenmittel regelmäßig überprüft. Bei Bedarf können sich Auswirkungen auf die Allokation der Kapitalanlagen ergeben.

Im ORSA-Prozess kommt v. a. der Risikorunde eine zentrale Rolle zu. Sie hat u. a. die Aufgabe, einen Ad-hoc-ORSA zu initiieren. Dazu analysiert die Risikorunde die ihr zur Verfügung stehenden Informationen und entscheidet, ob der vorliegende Sachverhalt der Durchführung eines Ad-hoc-ORSA bedarf. Sie legt dabei auch die Datenbasis fest, auf der der Ad-hoc-ORSA aufgesetzt wird. Grundsätzlich gilt, dass ein Ad-hoc-ORSA dann ausgelöst wird, wenn interne oder externe Einflüsse dazu führen können, dass sich die Gesamtsolvabilität wesentlich verändert.

Eingliederung in die Unternehmenssteuerung

Der Gesamtvorstand trägt gemäß Solvency II die Gesamtverantwortung für das RMS. Der ORSA ist ein wesentlicher Bestandteil des RMS, da mittels ORSA die Risiko- und Kapitalsteuerung der VPV in die strategische Gesamtunternehmenssteuerung integriert werden. Der ORSA-Prozess beinhaltet im Wesentlichen die Beurteilung des GSB der Versicherungsgesellschaften im Konzern der VPV als auch der VPV-Gruppe.

Der Vorstand erhält ein detailliertes Verständnis über die Risikosituation der VPV. Die Gestaltung der Risikopositionen sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung und der Höhe kann die Gesamtsolvabilität stark beeinflussen. Vor diesem Hintergrund werden wesentliche Kapitalmanagementaktivitäten einer ORSA-Bewertung unterzogen. Sensitivitätsanalysen bewerten die Wirkung von Entscheidungsalternativen auf die Risikotragfähigkeit und dienen der Geschäftsleitung als Grundlage für Steuerungszwecke. Damit fließen die ORSA-Ergebnisse unmittelbar in die Unternehmenssteuerung mit ein.

Der ORSA-Prozess setzt auf der MFP auf. Die MFP fokussiert das Best-Estimate (BE)-Szenario, in dem die erwartete Entwicklung der VPV im Untersuchungszeitraum prognostiziert wird. Grundlage dafür sind die Geschäftsstrategie sowie die daraus abgeleiteten konkreten Planungen aller einbezogenen Fachbereiche. Der Gesamtvorstand verabschiedet die MFP einmal jährlich. Sie ist die wesentliche Grundlage für ALM und ORSA-Berechnungen. Im Vorfeld der MFP stimmen RM und der Gesamtvorstand mögliche Szenarien ab, um ggf. neue Elemente in die MFP aufzunehmen. Die Erkenntnisse aus dem ORSA werden in die Geschäftsstrategie, Risikostrategie und MFP integriert. So ist gesichert, dass alle wesentlichen Risiken jederzeit in den Steuerungsinstrumenten berücksichtigt sind.

Der ORSA wird regelmäßig jährlich durchgeführt. Der komplette ORSA-Prozess soll bis spätestens 31.07. des Geschäftsjahres durchlaufen sein. Sollten sich seit dem 31.12. des Vorjahres signifikante Änderungen der Datensituation ergeben haben, so wird der Aufsetzzeitpunkt für den ORSA-Prozess aktualisiert. Nach eingehender Analyse der Ergebnisse präsentiert der Vorstand die wesentlichen Informationen dem Aufsichtsrat.

Dokumentation

Die Durchführung jedes einzelnen ORSA, sowohl der jährliche als auch ein Ad-hoc-ORSA, wird angemessen dokumentiert und vom Vorstand nach umfassender Analyse verabschiedet. Der Bericht umfasst neben Parametern und verwendeten Inputdaten auch die Namen der handelnden Personen und die verwendeten Tools. Des Weiteren werden Annahmen und Beurteilungen erfasst. Mit Abschluss jedes ORSA-Durchlaufs wird ein entsprechender Bericht angefertigt, der mindestens folgende Angaben enthält:

- Modellparameter und Annahmen
- Stress-, Sensitivitäts- und Szenarioanalysen
- Ergebnisse inkl. Vergleichswerte der entsprechenden Vorperiode
- Vergleichswerte zur Solvenzkapitalanforderung gemäß Standardmodell

Während der ORSA-Bericht die wesentlichen Annahmen und die Ergebnisse mit ihren Auswirkungen auf die Gesellschaften der VPV zum Gegenstand hat, hat die ORSA-Aufzeichnung die Dokumentation des Ist-Prozesses des ORSA-Durchlaufs zum Gegenstand.

ORSA-Bericht

Mit dem Schreiben vom 18.04.2016 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) dem Antrag für die Erstellung des ORSA-Berichts in einem befreienden und damit einem einzigen ORSA-Bericht für den VPV-Konzern gemäß § 275 Abs. 4 VAG zugestimmt. Bei der Erstellung des ORSA-Berichts wird bewusst auf die Trennung zwischen VPV-Gruppe und den drei Versicherungsgesellschaften VPV-LAG, VPV-SAG und der Muttergesellschaft VPV-WVaG geachtet.

B.4 Internes Kontrollsystem

Beschreibung des Internen Kontrollsystems

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist Bestandteil des Governance-Systems der VPV. Im Zusammenspiel mit den weiteren Elementen des Governance-Systems, dem Datenschutz, der Informationssicherheit sowie dem Notfallmanagement dient es der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und damit der dauerhaften Absicherung der gesamten Geschäftstätigkeit.

Das IKS, das insbesondere betriebliche Risiken minimiert, setzt sich vornehmlich aus selbstständigen Sicherungen in Form von organisatorischen und technischen Maßnahmen sowie internen Kontrollen zusammen. Eine interne Leitlinie für das IKS stellt die Verbindlichkeit sicher. Grundsätzlich ist das IKS als integrierter, prozessorientierter Bestandteil des RMS der VPV zu sehen und wurde systematisch unternehmensweit eingeführt. Hierfür wurden prozessinhärente Risiken und Störungen identifiziert, gemäß einem hausinternen Wesentlichkeitskonzept bewertet, beschrieben und vorbeugende sowie aufdeckende Maßnahmen und Kontrollen ausgearbeitet und implementiert. Ein technisches System überwacht wesentliche Kontrollen, insbesondere im Bereich des Zahlungsverkehrs. Darüber hinaus erfolgt ein laufender Abgleich mit den Risiken aus dem RMS, wodurch eine ganzheitliche Sicht und eine einheitliche Bewertung der operationellen Risiken sichergestellt wird. Die Schlüsselfunktionen der VPV überprüfen das IKS regelmäßig hinsichtlich Angemessenheit und Wirksamkeit.

Das Kontrollsystem unterstützt die Führungskräfte, sich auf die wesentlichen Kontrollen zu konzentrieren, und fördert dadurch nachhaltig die wirtschaftliche Stabilität der VPV. Zudem sensibilisiert und stärkt es das Risiko- und Kontrollverständnis aller Beteiligten. Ein Governance/Risk/Compliance-Tool (GRC-Tool), das allen Entscheidungsträgern zeitnah die Information über die wesentlichen Kontrollen zugänglich macht, setzt das Kontrollsystem EDV-technisch um. Die rechnungslegungsbezogenen Prozesse und die dazugehörigen Kontrollen sind ebenfalls in diesem GRC-Tool erfasst.

Die Interne Revision, die als übergeordnete Kontrollinstanz des Unternehmens im Auftrag des Vorstands die Elemente des Governance-Systems und somit auch das IKS jährlich überprüft, unterstützt das IKS.

Umsetzung der Compliance-Funktion

In der VPV-Gruppe wurde eine dezentrale Compliance-Struktur eingerichtet. Darin sind Aufgaben der Compliance, des Chief Compliance Officer (CCO) und der Compliance Officer und deren Zusammenarbeit mit den Schlüsselfunktionen sowie weiteren Sonderfunktionen wie Datenschutzbeauftragter, Geldwäschebeauftragter, IT-Sicherheitsbeauftragter und Verantwortlicher Aktuar definiert. 13 dezentral bestellte fachliche Compliance Officer sowie die Compliance-Assistenz unterstützen den CCO bei seinen Aufgaben. Der CCO arbeitet im Auftrag des gesamten Vorstands und berichtet ihm gegenüber unmittelbar über aktuelle Compliance-Themen.

Zu den Aufgaben der Compliance-Funktion gehören Maßnahmen der Vorbeugung, Begleitung, Überwachung sowie Dokumentation und Berichterstattung. Sie erkennt Compliance-Risiken und minimiert diese, indem sie über Regelungen informiert und sensibilisiert sowie Maßnahmen zur Verbesserung empfiehlt. Bei Rechts-, Qualitäts-, Personal- und sonstigen Themen berät sie begleitend.

Die Compliance-Funktion beobachtet, analysiert und beurteilt mögliche Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds und berichtet dem Gesamtvorstand. In regelmäßigen Abständen und bei Bedarf ad hoc finden Treffen mit den Fachbereichen statt. Darin informiert die Compliance-Funktion über Änderungen im Rechtsumfeld und diskutiert andere wesentliche Compliance-Themen und notwendige prozessuale und strukturelle Maßnahmen mit den Fachbereichen.

Die Compliance-Funktion handelt auf Basis eines Compliance-Planes. Der Compliance-Plan berücksichtigt relevante Geschäftsbereiche bzw. Compliance-Risiken. Erforderliche Aktivitäten werden risikoorientiert ausgewählt. Die Aktualität des Compliance-Planes wird regelmäßig überprüft. Die VPV hat in einem Compliance Management System für den Teilbereich Vertrieb übergeordnete Prinzipien und Grundsätze des GDV-Verhaltenskodex konkretisiert. Die Interne Revision prüft regelmäßig die Umsetzung, um die Grundsätze des GDV-Verhaltenskodex in der VPV zu verankern.

Jeder Mitarbeiter ist angewiesen, den CCO unaufgefordert und aktuell, gegebenenfalls ad hoc, über Sachverhalte zu informieren, die für die Tätigkeit der Compliance von Bedeutung sein könnten.

B.5 Funktion der internen Revision

Beschreibung der Einrichtung der Funktion der internen Revision

Die Konzernrevision nimmt die Funktion der internen Revision für alle Gesellschaften der VPV-Gruppe zentral wahr. Die verantwortliche Schlüsselfunktionsinhaberin Interne Revision ist die Leiterin des Bereiches Konzernrevision. Die Konzernrevision arbeitet im Auftrag des Vorstands und berichtet direkt und unmittelbar an diesen. VPV-VVaG, VPV-LAG und VPV-SAG verfügen jeweils über eine eigene Schlüsselfunktion Interne Revision. Die Interne Revision der VPV-LAG übernimmt als Dienstleister aufgrund eines Ausgliederungsvertrages die Revisionsfunktion auch für die folgenden VPV-Gesellschaften:

- VPV Holding AG
- VPV Makler Service GmbH
- VPV Service GmbH
- VPV Vermittlungs-GmbH
- VPV Beratungsgesellschaft für Altersversorgung mbH
- VPV Finanz Service GmbH

Die Interne Revision ist ein wichtiger Bestandteil des Governance-Systems der VPV. Mit einem risikoorientierten Ansatz prüft und beurteilt sie die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements im Allgemeinen und des IKS im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller internen und ausgegliederten Prozesse und Aktivitäten des Unternehmens. Ziele, Aufgaben, Rechte und Pflichten, anzuwendende Prozesse, Berichtswege und Follow-up sind in der Leitlinie Interne Revision geregelt, die vom Vorstand verabschiedet wurde. Für das Jahr 2023 hat die jährliche Überprüfung nur geringen redaktionellen Änderungsbedarf ergeben. Darüber hinaus finden sich detaillierte Regelungen zu den Revisionsprozessen im Handbuch der Internen Revision. Die Interne Revision hat ein uneingeschränktes Informations- und Prüfungsrecht, das die gesamte Geschäftsorganisation der Konzernunternehmen umfasst.

Die Grundlage für die Prüfungsplanung ist ein vollständiges Prüfungsuniversum, in dem alle wesentlichen Aktivitäten der Geschäftsorganisation definiert sind. Das Prüfungsuniversum wird regelmäßig und mindestens einmal jährlich auf Aktualität und Vollständigkeit überprüft. Die Prüfungsplanung basiert auf einer dokumentierten Risikobeurteilung der zu prüfenden Strukturen und Prozesse. Die Prüfungsthemen und der jeweilige Prüfungsturnus sind in einem Mehrjahresplan festgehalten. Der Mehrjahresplan wird jährlich aktualisiert und ist Ausgangspunkt der Prüfungsplanung für das nächste Geschäftsjahr. Bei der Jahresplanung wird sichergestellt, dass notwendige außerplanmäßige Prüfungen (Ad-hoc-Prüfungen) kurzfristig durchgeführt werden können. Für jede Prüfung wird zeitnah ein Bericht erstellt und dem Vorstand vorgelegt. Zur Behebung der festgestellten Mängel werden aus den Prüfungen Maßnahmen (inkl. Verantwortlichkeiten und Umsetzungstermine) vereinbart. Die Interne Revision überwacht laufend die Umsetzung der Maßnahmen und berichtet den Umsetzungsstand regelmäßig an den Vorstand. Darüber hinaus berichtet die Konzernrevision vierteljährlich an den Vorstand über die Prüfungstätigkeit im abgelaufenen Quartal, die Umsetzung des Prüfungsplanes sowie eventuelle Änderungen des Prüfungsplanes und den Stand der Maßnahmenumsetzung. Zudem berichtet die Interne Revision mindestens bei den regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen an den Aufsichtsrat.

Beschreibung der Bewahrung der Objektivität und Unabhängigkeit der Funktion der internen Revision

Die VPV stellt die Objektivität und Unabhängigkeit der Internen Revision durch folgende Maßnahmen sicher: Die Interne Revision berichtet direkt an den gesamten Vorstand. Sie ist disziplinarisch

dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet, in dessen Vorstandressort werden keine Risikopositionen aufgebaut. Darüber hinaus berichtet sie regelmäßig an den Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Bei der Aufstellung der Prüfungsplanung, der Prüfungsdurchführung und der Bewertung von Prüfungsergebnissen handelt die Interne Revision unabhängig und frei von Einflüssen Dritter. Die Interne Revision unterliegt keinen Einschränkungen oder sonstigen Einflüssen, die ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bei der Erledigung ihrer Aufgaben beeinträchtigen könnten. Dazu gehört auch, dass kein Mitarbeiter der Internen Revision operative Aufgaben außerhalb der Internen Revision wahrnimmt.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Versicherungsmathematische Funktion als Teil der Governance-Funktionen

Die Versicherungsmathematischen Funktion (VMF) der VPV arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands und ist ihm gegenüber unmittelbar berichtspflichtig.

Die VMF wird nicht in Personalunion mit einer der drei anderen Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion und Funktion der internen Revision wahrgenommen. Der Inhaber der VMF ist organisatorisch im Vorstandressort 1 angesiedelt. Er übt seine Tätigkeit gemäß der für die VPV geltenden Leitlinie für die VMF aus. Die Funktion des Verantwortlichen Aktuars der VPV-SAG ist personell getrennt von der VMF, so dass Interessenkonflikte vermieden werden. Durch die organisatorische Struktur wird eine objektive und unabhängige Aufgabenerfüllung der VMF gewährleistet. Aufgrund der im Vergleich zu den anderen Governance-Funktionen unterschiedlichen Anforderungen sowie einer anderen organisatorischen Aufstellung im aktuariellen Bereich für die jeweiligen Gesellschaften erfolgt in der Verantwortung eine Dreiteilung der VMF für VPV-Gruppe und VPV-VVaG, VPV-LAG und VPV-SAG.

Hinsichtlich der Berichtsgegenstände der VMF werden die Berechnung der vt. Rückstellungen sowie das Risikomanagement in demselben Ressort organisatorisch unabhängig verantwortet. Eine objektive und unabhängige Aufgabenerfüllung ist gewährleistet, da der Gesamtvorstand die vt. Rückstellungen freigibt und die uRCF das Risikomanagement überwacht.

Aufgaben und Ziele

Gemäß den gesetzlichen Regelungen zur VMF in § 31 VAG nimmt die VMF bei der VPV im Einzelnen folgende Aufgaben je Berichtsgegenstand wahr:

1. Koordination der Berechnung der vt. Rückstellungen in der Solvenzbilanz und Bewertung der Angemessenheit der Methoden und Daten
2. Stellungnahme zur Angemessenheit der Zeichnungs- und Annahmepolitik
3. Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
4. Beitrag zur Umsetzung des Risikomanagementsystems

Diese Tätigkeiten zielen darauf ab, die Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu stärken und die Geschäftsfähigkeit des Unternehmens dauerhaft sicherzustellen. Zu diesem Zweck sind die vorhandenen Prozesse und Methoden wirksam einzusetzen sowie auch erforderliche Steuerungsinstrumente zu entwickeln. Damit soll der Geschäftsleitung unter den für die VMF relevanten Aspekten die Voraussetzung für eine optimale Unternehmenssteuerung zur Verfügung gestellt werden.

Einbindung der Versicherungsmathematischen Funktion in die Berichtsprozesse

Die VMF erstellt einmal jährlich, bei Bedarf auch ad hoc, einen Bericht an den Vorstand. Hierin berichtet die VMF über ihre Aktivitäten und Maßnahmen zu den oben beschriebenen vier Aufgaben-

feldern. Sie nimmt zu den jeweils verwendeten Methoden, den getroffenen Annahmen, der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der verwendeten Daten und der Korrektheit und der gewonnenen Ergebnisse Stellung sowie berichtet über die mit den Ergebnissen verbundenen Unsicherheiten. Schließlich zeigt sie auch bestehende Unzulänglichkeiten und Verbesserungspotenziale auf. Diesbezüglich geht sie auf die einschlägigen Entwicklungen seit dem letzten Bericht ein.

B.7 Outsourcing

Darstellung der Ausgliederungspolitik

Die VPV hat die Leitlinie Ausgliederung aufgestellt, die Verantwortlichkeiten festlegt und Prozesse darstellt, um die Risiken, die mit Ausgliederungsvorgängen einhergehen, zu begrenzen und die aufsichtsrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Kategorisierung der Ausgliederungsvorhaben

Alle Ausgliederungsvorgänge werden nach folgender Dreiteilung kategorisiert:

- Fremdbezug von Leistungen
- Ausgliederung im aufsichtsrechtlichen Sinne
- Ausgliederung einer wichtigen Funktion oder Versicherungstätigkeit

Fremdbezug von Leistungen sind Tätigkeiten ohne Bezug zum Versicherungsgeschäft und werden nicht an den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ausgliederungen gemessen.

Die Anforderungen an Ausgliederungen im aufsichtsrechtlichen Sinne sind im § 32 Abs. 1 VAG, der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen [MaGo] und der Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT [VAIT] geregelt und sind auf die Ausgliederung von Funktionen oder Versicherungstätigkeiten eines Versicherungsunternehmens mit einer gewissen Erheblichkeit anzuwenden.

Eine Ausgliederung wichtiger Funktionen oder Versicherungstätigkeiten liegt vor, wenn diese für den Versicherungsbetrieb unerlässlich ist. Die Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision, die VMF und die Bereiche Vertrieb, Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung, Rechnungswesen sowie Vermögensanlage und -verwaltung werden grundsätzlich als wichtig eingestuft.

Abhängig von der Einstufung der Ausgliederungsvorhaben werden nach einer Risikoanalyse entsprechende Regelungen in die Verträge aufgenommen und ein Dienstleistungscontrolling aufgesetzt.

Organisatorische Einbindung der Ausgliederungen

Das Risikomanagement erkennt, begrenzt und überwacht die mit Ausgliederungsvorhaben einhergehenden Risiken frühzeitig. Zur Wahrnehmung dieser Tätigkeiten ist ein Ausgliederungsmanagement aufgesetzt, das grundsätzlich die Revision und im Bedarfsfall andere Funktionen, wie z. B. den Informationssicherheitsbeauftragten oder den Datenschutzbeauftragten einbezieht. Im IKS werden wichtige Ausgliederungen dokumentiert und jährlich überprüft.

Das Ausgliederungsmanagement arbeitet im Auftrag der Geschäftsleitung und ist dieser gegenüber unmittelbar berichtspflichtig. Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Ausgliederungsmanagements obliegt der Geschäftsleitung.

Der ausgliedernde Fachbereich sorgt für die Umsetzung und Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ggf. unter Einbeziehung des Ausgliederungsmanagements.

Erkennt der ausgliedernde Fachbereich bei Ausgliederungsvorhaben Risiken, die über die operative Ebene hinausgehen, meldet er dies dem Risikomanagement. Dieses erfasst, bewertet und überwacht daraufhin die Risiken.

Wesentliche auf externe Dienstleister ausgelagerte Funktionen oder Tätigkeiten

Dienstleister	Ausgelagerte Funktion	Rechtsraum
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Vermögensverwaltung	Deutschland
Landesbank Baden-Württemberg und LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	Tätigkeit des Frontoffice für die Direktanlage sowie Dienstleistungen der Kapitalanlage-Beratung	Deutschland
Fujitsu TDS GmbH	Betrieb des SAP-Systems für buchhalterische Zwecke	Deutschland
D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH	Schadenregulierung zu Rechtsschutz-Verträgen	Deutschland

Die Ausgliederungen der VPV erfolgen im Wege der Subdelegation über die VPV-LAG.

1. Die Vermögensverwaltung der VPV ist ausgelagert auf die Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH. Bei der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH handelt es sich um eine Kapitalanlagegesellschaft, die zu einer der führenden Kapitalverwaltungsgesellschaften im institutionellen Asset Management zählt.

2. Die Tätigkeit des Frontoffice für die Direktanlage sowie Dienstleistungen der Kapitalanlage-Beratung der VPV sind an die Landesbank Baden-Württemberg und die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ausgelagert.

3. Der Betrieb des SAP-Systems der VPV wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch das Rechenzentrum der Firma Fujitsu TDS GmbH, Neckarsulm, sichergestellt. Die VPV wickelt darüber ihre Finanzbuchhaltung, die Kostenrechnung und die Provisionsabrechnung sowie Teile des Kapitalanlagenebenenbuchs ab.

4. Die Regulierung aller Schäden, die zu Rechtsschutz-Versicherungsverträgen anfallen, bei denen die VPV alleiniger Risikoträger ist, nimmt die D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH in Düsseldorf wahr. Zu den Aufgaben des Ausgliederungsnehmers gehören Schadenanlage und Deckungsprüfung, Schadensteuerung, Festsetzung der Schadenreserven, Abwicklung von Schadenzahlungen und Rückforderungsmanagement.

Wesentliche gruppeninterne Ausgliederungsvereinbarungen

Konzernintern besteht zwischen der VPV und der VPV-LAG ein Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag, über den die Bereiche Vertrieb, Rechnungswesen sowie Vermögensanlage und -verwaltung und Dienstleistungen, wie z. B. Produktentwicklung, Personalverwaltung, Datenverarbeitung ausgelagert werden.

Außerdem besteht zwischen der VPV und der VPV-Service ein Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag, über den die Bestands- und die Leistungsverwaltung ausgelagert werden.

B.8 Sonstige Angaben

Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Das Governance-System beinhaltet neben den vier Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision und VMF weitere Governance-Funktionen und -Prozesse. Es beinhaltet auch den Verantwortlichen Aktuar der VPV-LAG, die Beauftragten für Geldwäsche, Datenschutz, IT-Sicherheit und Nachhaltigkeit sowie den Koordinator für das IKS. Außerdem zählen zum Governance-System die Ausgliederungsprozesse, das Beschwerdemanagement, das Notfallmanagement, das interne Hinweisgebersystem und die eingerichteten Fit & Proper-Prozesse.

Der Gesamtvorstand bewertet die Geschäftsorganisation regelmäßig gemäß § 23 Abs. 2 VAG und sorgt für eine kurzfristige Umsetzung der erforderlichen Änderungen. Das jeweils zuständige Mitglied der Geschäftsleitung bewertet die einzelnen Bereiche der Geschäftsorganisation. Der Gesamtvorstand wird über die Ergebnisse der Bewertung informiert und steuert die Umsetzung erforderlicher Veränderungen. Ein Prüfplan stellt sicher, dass die gesamte Geschäftsorganisation regelmäßig bewertet wird. Das Ergebnis der Bewertung sowie die Umsetzung notwendiger Änderungen werden dokumentiert.

Die Angemessenheit des Governance-Systems wird regelmäßig geprüft. Bei der Bewertung des Governance-Systems berücksichtigt der Gesamtvorstand Erkenntnisse, die die Funktion der internen Revision bei der von ihr durchgeführten Überprüfung der Geschäftsorganisation gewonnen hat, sowie die Erkenntnisse, zu denen die Schlüsselfunktionen bei der Durchführung ihrer Aufgaben gelangt sind.

Die Interne Revision ist bei der Bewertung des Governance-Systems zu dem Ergebnis gekommen, dass die Risikostrategie und die Steuerung des Unternehmens aufeinander abgestimmt und zur Geschäftsstrategie konsistent sind. Die Geschäftsorganisation unterstützt die Ziele der Geschäfts- und der Risikostrategie. Das Governance-System der VPV wird vor dem Hintergrund der Art, dem Umfang und seiner überschaubaren Komplexität (insbesondere Spezialisierung auf ausgewählte Versicherungssparten, vorwiegend in Deutschland operierender Versicherer sowie Fokussierung auf Privatkunden) der Geschäftstätigkeiten unter Beachtung inhärenter Risiken als geeignet umgesetzt betrachtet. Diese Einschätzung rührt u. a. aus einer achtsamen und anforderungsgerechten Umsetzung der Solvency II-Anforderungen.

Ein kompetentes Team von einschlägig ausgebildeten Aktuaren nimmt die Aufgaben der VMF sowie die aktuariellen Aufgaben im Allgemeinen wahr.

Als weiteres Indiz für ein angemessenes und wirksames Governance-System wertet die VPV die Tatsache, dass die Kundenbeschwerdequote gegen die VPV gering ist, und dass Rechtsstreitigkeiten mit Versicherungsnehmern in der Regel zu Gunsten der VPV beigelegt oder rechtskräftig abgeschlossen werden.

Alle genannten Funktionen und Prozesse sind eingerichtet, in den Strukturen des VPV-Konzerns gegenüber den Mitarbeitern kommuniziert und werden aktiv gelebt. Die genannten Funktionen sind zum Teil personell miteinander verknüpft und arbeiten im Übrigen über eingerichtete Schnittstellen und Gremien wie dem Kooperationsforum Governance (Mitglieder: die vier Schlüsselfunktionen sowie der Verantwortliche Aktuar der VPV-LAG und Sonderfunktionsträger wie der Datenschutzbeauftragte, Geldwäschebeauftragte und Informationssicherheitsbeauftragte) und in monatlichen Koordinationsbesprechungen Governance (uRCF, Compliance-Funktion und Funktion der internen Revision) eng zusammen. Unter Berücksichtigung dieser einzelnen Elemente wird die Angemessenheit des Governance-Systems der VPV-Gesellschaften bestätigt.

Alle anderen wesentlichen Informationen

Die bisherigen Ausführungen zum Governance-System sind vollständig und bedürfen keiner weiteren Ergänzung.

C. Risikoprofil

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das vt. Risiko bezeichnet das Risiko, dass, bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung, der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Das Produktportfolio der VPV beinhaltet wesentliche Geschäftsbereiche und damit Risiken aus dem Bereich Nicht-Leben, Kranken und Leben, wobei das vt. Risiko Leben nur von sehr untergeordneter Bedeutung ist. Weit gewichtiger sind die beiden Module der vt. Risiken Nicht-Leben und Kranken.

Das vt. Risiko Nicht-Leben sowie Kranken nach Art der Nicht-Leben entsprechend der Solvency II-Definition untergliedert sich in folgende Subrisiken:

- Prämienrisiko: das Risiko unzureichender Versicherungsprämien, um künftige vt. Verpflichtungen zu decken
- Reserverisiko: das Risiko unzureichender vt. Rückstellungen, um vt. Verpflichtungen noch nicht abgewickelter oder noch nicht bekannter Schäden zu begleichen
- Katastrophenrisiko: das Risiko, dass die tatsächlichen Katastrophenschäden den hierfür vorgesehenen Prämienanteil übersteigen
- Stornorisiko: die Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsrate von Versicherungspolice ergibt

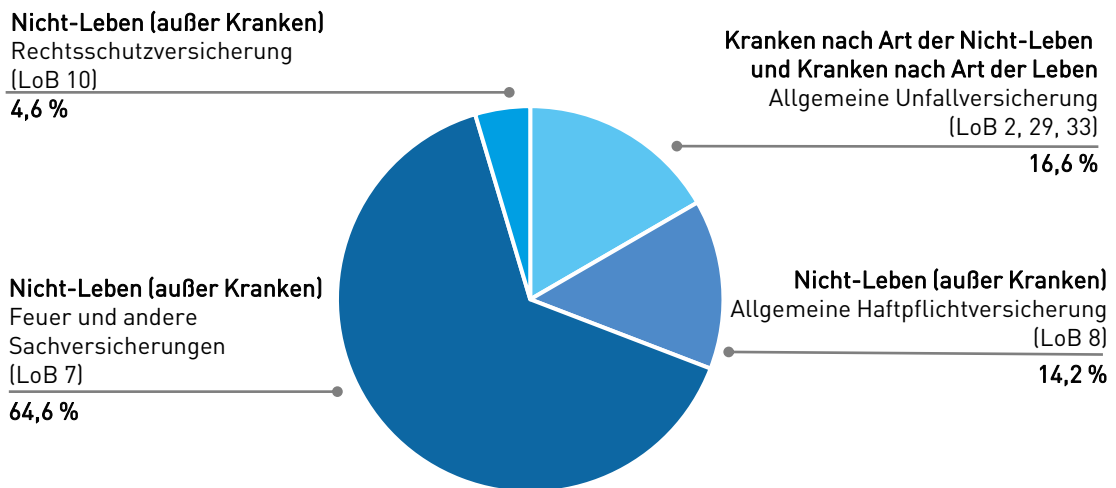
Das vt. Risiko Leben sowie Kranken nach Art der Leben entsprechend der Solvency II-Definition untergliedert sich in die folgenden Subrisiken:

- Sterblichkeitsrisiko: die Gefahr einer nachteiligen Veränderung oder eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsrate ergibt
- Langlebighkeitsrisiko: die Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsrate ergibt, wenn der Rückgang der Sterblichkeitsrate zu einem Anstieg des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten führt
- Invalidität: die Gefahr einer negativen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Invaliditäts-, Krankheits- und Morbiditätsrate ergibt
- Stornorisiko: die Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsrate von Versicherungspolice ergibt
- Kostenrisiko: die Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der bei der Verwaltung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen angefallenen Kosten ergibt
- Revisionsrisiko: die Gefahr einer nachteiligen Veränderung der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität des Rentenzahlungswerts aufgrund einer Revision der Anspruchssituation ergibt
- Katastrophenrisiko: die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus einer Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt

Bei der Betrachtung der Geschäftsbereiche ergibt sich ein differenziertes Bild hinsichtlich der Risikoexposition durch die Versicherungstechnik. Wie aus dem nachfolgenden Schaubild hervorgeht, ist der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen (LoB 7) bei der VPV gemessen an den Bruttobeiträgen stark repräsentiert. Es handelt sich dabei um die Versicherungszweige Verbundene Hausratversicherung, Verbundene Wohngebäudeversicherung, Glasversicherung und

Technische Versicherung. Der Anteil beträgt über 60%. Daher wird bei der Risikobetrachtung auch besonderes Augenmerk auf diesen Bereich gelegt. Die Allgemeine Unfallversicherung (LoB 2, LoB 29, LoB 33) sowie die Allgemeine Haftpflichtversicherung (LoB 8) stellen ebenfalls bedeutende Geschäftsbereiche der VPV dar. Die Rechtsschutzversicherung wird erst seit dem Jahr 2021 angeboten und stellt daher nur einen kleinen, in der Zukunft wachsenden Anteil des Portfolios dar.

Gebuchte Prämien - brutto



Die Bewertung des vt. Risikos erfolgt zunächst anhand verschiedener statistischer und aktuarieller Auswertungen der aktuellen sowie vergangenen Geschäftsjahreskennzahlen zu Beitragseinnahmen, Schadenzahlungen und der Entwicklung der Rückstellungen. Die VPV verfügt zudem über ein partielles Risikomodell zur detaillierten Analyse des vt. Risikos, das ergänzend zu den Auswertungen anhand der Standardformel unter Solvency II eine umfassendere Sicht über das vt. Risikoprofil ermöglicht.

Das vt. Risiko dominiert insgesamt das Risikoprofil der VPV. Unabhängig von der gewählten Art der Risikomessung stellt es vor dem Marktrisiko den größten Bestandteil des Gesamtrisikos dar. Hier-von hat wiederum das Naturkatastrophenrisiko den größten Anteil, das maßgeblich aus den Nicht-Leben-Verträgen hervorgeht. Am stärksten wirken sich hierbei Sturm- und Überschwemmungsgefahren aus. Zur Beurteilung und Kontrolle des Naturkatastrophenrisikos werden regelmäßig Auswertungen erstellt. Ergänzend werden Risikoeinschätzungen und Analysen von externen Anbietern eingeholt.

Zum Naturkatastrophenrisiko wurde zum 31.12.2023 eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Dabei wird ein Anstieg des Naturkatastrophen-Exposures von 20% unterstellt, wodurch sich entsprechend höhere Schadenerwartungen für die Gefahren Sturm, Hagel, Überschwemmung und Erdbeben ergeben. Die Ergebnisse der Analyse zeigen einen Anstieg des vt. Risikos Nicht-Leben um 25%. Nach Berücksichtigung von Diversifikationseffekten verbleibt ein Anstieg der Solvenzkapitalanforderung um 27%. Die Quereffekte auf die vt. Rückstellungen und die Eigenmittel sind unwesentlich. Unter der vereinfachenden Annahme einer unveränderten Eigenmittelausstattung verringert sich die Solvenzquote um 36%-Punkte. Dieses Risiko wird stets überwacht und könnte ggf. kurzfristig durch Rückversicherungszukauf gemindert werden.

Das Prämien- und Reserverisiko im Bereich Nicht-Leben ist ebenfalls als wesentliches Risiko einzustufen. Den Risiken aus der Prämienkalkulation und der Reservierung begegnet die VPV grundsätzlich durch den Einsatz mathematisch-statistischer Verfahren. Anhand derer können die aus der Kalkulation stammenden skizzierten Risiken entsprechend gesteuert und reduziert wer-

den. Bei Bedarf bildet die VPV hierzu auch Drohverlustrückstellungen, die anhand aktueller Methoden ermittelt werden. Des Weiteren begegnet die VPV dem Prämien- und Reserverisiko durch eine sorgfältige Produktentwicklung, eingehende Risikoprüfungen aller Versicherungsanträge und Sicherheitszuschläge in den Prämien. Die VMF führt zusätzlich Kontrollen zur ausreichenden Tarifierung durch. In der Kompositversicherung ergaben sich im Geschäftsjahr grundsätzlich über alle Sparten hinweg Gewinne aus der Abwicklung der Schadenrückstellungen für eigene Rechnung. Dies ist ein Beleg für die ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen. Die Angemessenheit der Reserven wird zudem regelmäßig überprüft und ist insbesondere Bestandteil des Reserveberichts der VMF.

VPV-SAG Standardformel Planszenario	2023
Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben Brutto=Netto [TEUR]	IST
Prämien- und Reserverisiko nach Art der Schaden	18.461
Stornorisiko nach Art der Schaden	1.771
Katastrophenrisiko	29.543
Diversifikation	-11.182
Vt. Risiko Nicht-Leben	38.593

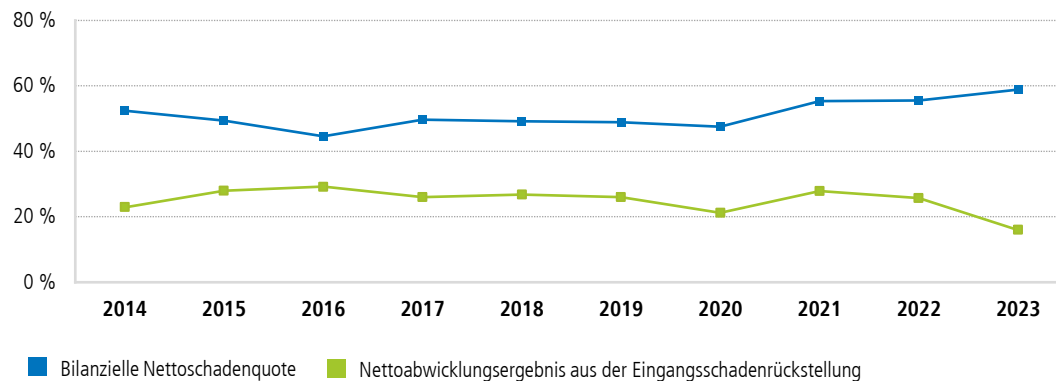
Die vt. Risiken Kranken nach Art der Leben stammen hauptsächlich aus der LoB 29, den VPV Vital-Produkten. Dabei dominieren das Stornorisiko und das Kostenrisiko. In Bezug auf das Stornorisiko hat die VPV ein enges Monitoring aufgesetzt. Die Kostensteuerung der VPV erfolgt grundsätzlich auf Ebene des Konzerns. Hierzu erfolgt eine konsequente Analyse der Kostentragfähigkeit des Unternehmens.

VPV-SAG Standardformel Planszenario	2023
Versicherungstechnisches Risiko Kranken Brutto=Netto [TEUR]	IST
Langlebigkeit	428
Invalidität	1.086
Storno	3.041
Kosten	2.354
Revision	31
Diversifikation	-1.734
Kranken nach Art der Leben	5.206
Prämien- und Reserverisiko	4.360
Stornorisiko nach Art der Schaden	815
Kranken nach Art der Schaden	4.435
Katastrophenrisiko	54
Vt. Risiko Kranken	8.374

Die regelmäßig durchgeführten Untersuchungen anhand des partiellen Risikomodells ermöglichen eine Analyse der Belastung im Stressszenario. Für die Simulation werden hierzu die Annahmen aus der Mittelfristplanung hinsichtlich Beiträge, Kosten und Schadenquoten verwendet. Die Modellparameter werden zunächst anhand des aktuellen Bestands kalibriert und um interne Experteneinschätzungen ergänzt. Zur Modellierung von Naturereignissen werden zusätzlich Risikoauswertungen externer Anbieter herangezogen. Insgesamt wird so gewährleistet, dass innerhalb des Modells der Bestand der VPV und die damit einhergehenden Risiken adäquat abgebildet werden. Als Stressszenario wird das 200-Jahresereignis in der Sparte Wohngebäude herangezogen, da Untersuchungen gezeigt haben, dass ein derartiges Vorgehen das 200-Jahresereignis in der Versicherungstechnik sehr gut abbildet. Als Sensitivität wird eine zukunftsgerichtete Betrachtung für das Folgejahr durchgeführt. Bei dieser Betrachtung resultiert ein Rückgang der Eigenmittel um 8 %. Die Bedeckungsquote geht dadurch um 13 %-Punkte zurück.

Einen zentralen Aspekt der Solvenzsituation der VPV stellt der umfangreiche Rückversicherungsschutz dar. Eine speziell auf die Risiken der VPV zugeschnittene Kombination aus verschiedenen Excess-of-Loss-, Quoten- und Stop-Loss-Verträgen ermöglicht eine effiziente Risikominderung. Die Rückversicherung wird hinsichtlich ihrer Wirkung regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Dabei wird stets auf eine sehr gute Bonität der Rückversicherer geachtet. Wie im nachfolgenden Schaubild ersichtlich untermauert die risikomindernde Wirkung der Rückversicherung den Verlauf der bilanziellen Netto-Schadenquoten. Dies verdeutlicht sich ebenfalls im betrachteten Stresstest. Hier zeigt sich, dass bei einer vollständigen Risikoübernahme der Naturkatastrophenrisiken durch die VPV die Solvenzquote um 100 %-Punkte sinkt.

Historie der bilanziellen Nettoschadenquoten und Nettoabwicklungsergebnisse



Es existiert ein Überwachungs- und Meldesystem, wodurch Konzentrationsrisiken innerhalb der Versicherungstechnik erfasst werden können. Damit ist die VPV in der Lage, bei Erreichen bestimmter Schwellenwerte Maßnahmen zu ergreifen.

Die VPV nutzt keine Zweckgesellschaften zur Übertragung von Risiken.

C.2 Marktrisiko

Marktrisiken entstehen, wenn sich die Höhe oder Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten nachteilig verändert. Nach Solvency II wird das Marktrisiko in folgende Subkategorien untergliedert:

- Zinsrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus zinsensiblen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten
- Aktienrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus einer nachteiligen Veränderung in der Höhe oder der Volatilität von Marktpreisen für Aktien
- Immobilienrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus einer nachteiligen Veränderung der Immobilienpreise
- Spread-Risiko: die Gefahr aus einer nachteiligen Veränderung des Werts von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die durch Änderungen in der Höhe oder der Volatilität von Kredit-Spreads über der risikofreien Zinsstrukturkurve verursacht wird
- Wechselkursrisiko: die Gefahr aus Veränderungen in der Höhe oder der Volatilität von Wechselkursen
- Konzentrationsrisiko: das Risiko kumulierter Engagements gegenüber derselben Gegenpartei. Das Untermodul Konzentrationsrisiko umfasst keine anderen Konzentrationsrisiken, wie z. B. geografische Konzentrationen oder Sektorkonzentrationen der gehaltenen Vermögenswerte.

Das Spread-Risiko und das Marktkonzentrationsrisiko werden im Kapitel C.3 (Kreditrisiko) nicht erneut aufgegriffen. Hiermit wird eine Konsistenz zu den unter Kapitel E beschriebenen Solvenzkapitalanforderungen hergestellt. Bei der VPV dominieren grundsätzlich die spezifischen Risiken Aktienrisiko und Spread-Risiko.

Die VPV begegnet den Marktrisiken im Rahmen der Kapitalanlagestrategie durch eine langfristig orientierte und gut diversifizierte Anlagepolitik, die regelmäßig anhand von ALM-Studien und der SAA überprüft wird. Die Anlagepolitik der VPV ist primär auf die nachhaltige Steigerung der Risikotragfähigkeit ausgerichtet. Dabei steht der Grundsatz, eine größtmögliche Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität der Anlagen zu gewährleisten, stets im Vordergrund. Die VPV legt im Rahmen der Anlagerichtlinien großen Wert auf die Diversifikation der Kapitalanlagen, um das unsystematische Risiko zu minimieren und die Risiko-Ertrags-Relation zu verbessern.

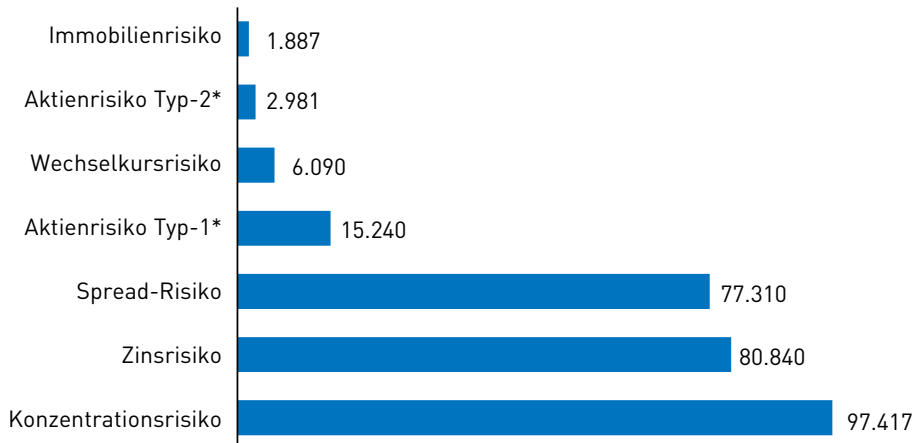
Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 hat die VPV ALM-Studien durchgeführt. Zur Bewertung der Kapitalanlagen und der Marktrisiken wird ein eigens entwickeltes Szenario herangezogen. Die Annahmen dieses Szenarios legt die Geschäftsleitung in Abstimmung mit den Fachbereichen und dem Advisor, der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, fest. Sie bilden gleichermaßen die Basis für die MFP. Insbesondere wird die anhand der langfristigen Kapitalanlageallokation motivierte Investmentstrategie berücksichtigt. Mittels stochastischer Szenarien werden wahrscheinlichkeitsbasierte Aussagen über die zukünftige Unternehmenslage in unterschiedlichen Kapitalmarktpfaden getroffen. Die sich aus den Studien ergebenden Projektionen sind wesentliche Entscheidungsgrundlagen für die etwaige Anpassung und Umsetzung der Strategie und ermöglichen, die Marktrisiken des Kapitalanlagebestandes zu analysieren. Die Prozesse und die dazugehörigen Ergebnisse der ALM-Studien sind eng mit den Prozessen des Kapitalanlagemanagements inkl. der SAA verknüpft, so dass marktnahe Inputdaten für die ALM-Studien zur Verfügung stehen und auch deren Ergebnisse direkt in die Kapitalanlagestrategie einfließen können. So wird sichergestellt, dass einerseits die Risiken nicht unterschätzt werden und andererseits sich bietende Chancen im Rahmen der Risikotragfähigkeit genutzt werden können. Bei der modellgestützten Formulierung der Kapitalanlagestrategie wird zudem großer Wert auf eine sachgerechte Modellierung der spezifischen Risiken unterschiedlicher Anlageklassen und eine realitätsnahe Abbildung tatsächlicher historischer Krisensituationen gelegt. Hierzu werden neben internen Experteneinschätzungen zusätzlich Parameter-Prognosen und Performance-Einschätzungen von externen Drittanbietern eingeholt.

Das Marktrisiko nimmt nach dem vt. Risiko den größten Bestandteil des Risikos der VPV ein.

In Ergänzung zur Struktur der Kapitalanlage der VPV, wie sie im Kapitel D.1 aufgeführt ist, sind den nachfolgenden Abbildungen die Marktrisiken sowie die Exposures der verschiedenen Marktrisiken zu entnehmen. Dabei sind sämtliche Vermögenswerte sowohl des Direktbestandes als auch der verschiedenen Fonds den spezifischen Marktrisiken zugeordnet. Es ist zu beachten, dass mehrere Risikoexponierungen für ein einzelnes Investment bestehen können. So unterliegen insbesondere festverzinsliche Wertpapiere sowohl dem Zinsänderungs- als auch dem Spread-Risiko.

VPV-SAG Standardformel Planszenario	2023
Marktrisiko Brutto=Netto [TEUR]	IST
Zinsrisiko	1.298
Aktienrisiko	7.361
Immobilienrisiko	472
Spread-Risiko	3.094
Konzentrationsrisiko	1.308
Wechselkursrisiko	24
Diversifikation	-3.147
Marktrisiko	10.410

Exposure der Kapitalanlage in Marktwerten nach Risikoarten zum 31.12.2023 [TEUR]



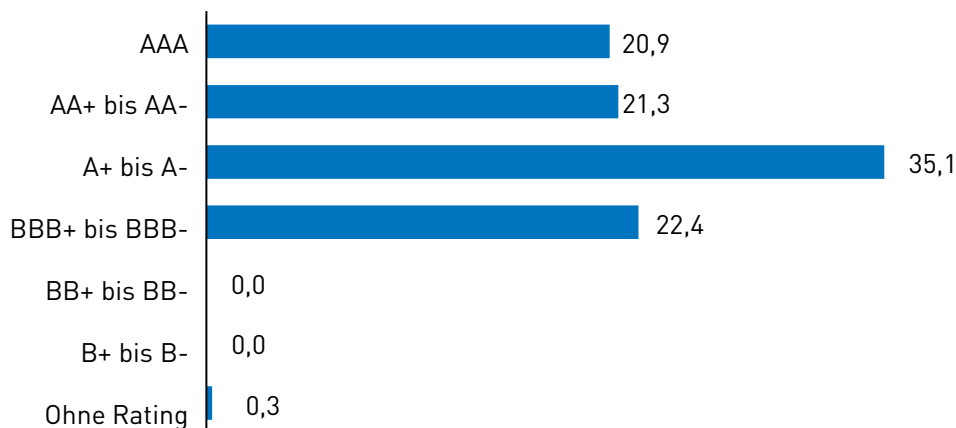
*Basisschockszenario bei Typ-1 niedriger als bei Typ-2

Aufgrund der hohen Solvenzkapitalanforderung für Aktieninvestments ist das Aktienrisiko, trotz eines moderaten Exposures, das dominierende Marktrisiko. Das Exposure des Spread-Risikos dagegen ist sehr hoch, da der Kapitalanlagenbestand hauptsächlich aus festverzinslichen Wertpapieren besteht. Das Aktienrisiko sowie das Spread-Risiko sind entscheidende Ursachen, die zu einem Rückgang der Marktwerte der Aktiva und damit zu einer Belastung der Eigenmittel führen können.

Kapitalanlageexperten der VPV wählen die Aktieninvestments, unterstützt durch die Beratung externer Anbieter, sorgfältig aus. Die VPV spricht sich gegen eine statische Absicherung des Aktienrisikos aus. Stattdessen erfolgt ein enges Monitoring der Investments und des Marktes zum punktuellen Einsatz von Wertsicherungsinstrumenten. Vor dem Hintergrund der gewünschten regelmäßigen Dividendenerträge und der langfristig ausgerichteten Buy-and-Maintain-Strategie hat die VPV im Geschäftsjahr 2023 auf eine Sicherung gegen Kursschwankungen der Aktien verzichtet. Das Spread-Risiko wird durch pro Ratingklasse und pro Emittent vergebene Limite kontrolliert, deren Einhaltung das Kapitalanlage- und Risikocontrolling mit Unterstützung eines externen Dienstleisters überwacht.

Wie aus der nachfolgenden Abbildung ersichtlich wird, ist die VPV hauptsächlich in Anlagen guter Bonität investiert. Dadurch kann die Kreditqualität der Kapitalanlagen weiterhin hochgehalten werden. Die Maßnahmen der VPV zur Minderung der Liquiditätsrisiken (Kapitel C.4) führen indes dazu, dass die Materialisierung des Zins- und Spread-Risikos effektiv reduziert werden kann.

Rating Direktbestand zum 31.12.2023 [%]



Des Weiteren ist die VPV den Risiken aus Zinsänderungen, Immobilien sowie Fremdwährungen ausgesetzt. Das Zinsanstiegsrisiko ist dabei ein wesentliches Marktrisiko aufgrund des hohen Anteils an festverzinslichen Kapitalanlagen. Das Zinsrückgangsrisiko ist hingegen aufgrund des kleinen Bestands an Unfallrenten und der vorwiegenden kurzen Laufzeit der vt. Verpflichtungen insgesamt unwesentlich. Die Fondsinvestments inkl. der Immobilienfonds der VPV unterliegen jeweils einem gesonderten Management. Wechselkursrisiken bestehen in Fonds und unterliegen einer regelmäßigen Kontrolle durch das Kapitalanlagen- und Risikocontrolling sowie externe Assetmanager.

Im Bereich der Kapitalanlagen ist durch entsprechende Anlagerichtlinien ausreichend Vorsorge zur Reduktion von Konzentrationsrisiken getroffen worden. Diese können daher als unwesentlich eingestuft werden. Bei Überschreitung der vorgegebenen Limite und Schwellenwerte wird ein Eskalationsverfahren gestartet, entsprechende Maßnahmen folgen unmittelbar.

Die VPV hat zum 31.12.2023 verschiedene Sensitivitätsberechnungen hinsichtlich des Spread- und Aktienrisikos durchgeführt.

Zunächst wurde eine Schwankung der dem Spread-Risiko zugrunde liegenden Marktwerte untersucht. Hierzu wurde sowohl ein Anstieg der Marktwerte als auch ein Rückgang der Marktwerte um jeweils 5% hinsichtlich der Auswirkung auf die Solvenzsituation analysiert. Dabei wird angenommen, dass die Struktur des Bondportfolios insbesondere hinsichtlich der Verteilung auf Ratingkategorien, Laufzeiten und Länder beibehalten wird. Es zeigt sich erwartungsgemäß eine korrespondierende und symmetrische Auswirkung auf die Eigenmittel: Die Solvenzquote steigt, respektive fällt um ca. 8%-Punkte. Dass der Anstieg höher ausfällt als die Schwankung der Marktwerte an sich, erklärt sich durch den hohen Anteil des Bondportfolios am Kapitalanlagebestand, der die Eigenmittel deutlich übersteigt. Des Weiteren wurde analysiert, wie sich eine Schwankung des Spread-Risikos an sich ohne Veränderung der Marktwerte auf die Solvenzsituation auswirkt. Dabei wurde sowohl ein Anstieg als auch ein Rückgang des Spread-Risikos um jeweils 20% unterstellt. Auch hier zeigt sich erwartungsgemäß eine symmetrische Auswirkung auf die Solvenzsituation. Nach Berücksichtigung der Diversifikationseffekte innerhalb des Marktrisikos sowie innerhalb der Basissolvenzkapitalanforderung (BSCR) verbleiben näherungsweise 43% der Risikoveränderung, die sich mit einem Rückgang respektive Anstieg von ca. 1%-Punkt auf die Solvenzquote auswirken.

Für das Aktienrisiko wurden analog zum Spread-Risiko Schwankungen hinsichtlich der Marktwerte untersucht. Für die dem Aktienrisiko zugrunde liegenden Marktwerte wurde sowohl ein Anstieg der Marktwerte als auch ein Rückgang der Marktwerte um jeweils 20% hinsichtlich der Auswirkung auf die Solvenzsituation analysiert. Dabei wird angenommen, dass die Struktur des Aktienportfolios beibehalten wird. Als Ergebnis wird in der Solvenzquote ein Anstieg von ca. 7%-Punkten respektive ein Rückgang von ebenfalls ca. 7%-Punkten beobachtet.

Die Kapitalanlagestrategie und der Umgang der VPV mit den Marktrisiken entsprechen insgesamt dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und gehen konform mit der Geschäfts- und Risikostrategie der VPV. Gemäß obigen Ausführungen ist die VPV in der Lage, ihre Risiken umfangreich zu überwachen und zu steuern. Der Grundsatz, eine größtmögliche Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität der Anlagen zu gewährleisten, steht in Einklang mit den im Allgemeinen kurz abwickelnden und schwankenden Verpflichtungen der Schaden- und Unfallversicherung. Somit erfolgt die Kapitalanlage stets im besten Interesse der Versicherungsnehmer, so dass keine Interessenskonflikte entstehen können. Die Wertsicherungsinstrumente innerhalb der Fonds dienen zur Risikominderung sowie zu einer effizienten Portfolioverwaltung. Risikokonzentrationen werden effektiv vermieden.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko subsumiert das Gegenparteiausfallrisiko, das Spread-Risiko sowie Marktrisikokonzentrationen. Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder der nachteiligen Finanzlage, dass sich direkt oder indirekt aus Verschlechterungen der Bonität von

Wertpapieremittenten, Gegenparteien oder anderen Schuldner ergibt. Das Spread-Risiko und das Marktkonzentrationsrisiko werden innerhalb des Abschnitts C.2 zum Marktrisiko behandelt. Hiermit wird eine Konsistenz zu den unter Kapitel E beschriebenen Solvenzkapitalanforderungen hergestellt.

Für die VPV besteht das Gegenparteiausfallrisiko im Wesentlichen bei Forderungen gegenüber Rückversicherern und Bankguthaben sowie gegenüber Versicherungsnehmern. Insgesamt ist die VPV mit einem moderaten Gegenparteiausfallrisiko konfrontiert. Der Anteil am Risiko liegt unter 5%. Die VPV führt daher aus Proportionalitätsgründen keine separaten Stresstests sowie Sensitivitätsanalysen durch.

Die Zusammenarbeit der VPV mit Rückversicherern basiert auf jahrelangen Erfahrungen. Die VPV konzentriert sich dabei auf Rückversicherer mit sehr guten Ratings und achtet gleichzeitig auf eine angemessene Diversifikation des Risikos. Aus diesem Grund wird das Ausfallrisiko von Forderungen gegenüber Rückversicherern als sehr gering eingestuft.

Die Forderungsbeträge gegenüber den Rückversicherern stellen sich wie folgt dar:

Forderungen gegenüber Rückversicherern [TEUR]	31.12.2023	Rating
Swiss Re Europe S.A., Niederlassung Deutschland München	3.734	AA-
Gen Re Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln	863	AA+
TransRe Europe S.A., Niederlassung Deutschland München	194	AA+
SCOR Rückversicherung Deutschland, Köln	76	A+
R+V Versicherung AG, Wiesbaden	40	A+
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München	9	AA-
CCR Re, Paris	3	A-

Zur Eingrenzung des Ausfallrisikos von Forderungen aus Bankguthaben ist die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart, beauftragt, etablierte Banken mit gutem Rating auszuwählen.

Dem Ausfallrisiko von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wird durch ein effektives Forderungsmanagement und – soweit notwendig – durch zusätzliche Einzel- und Pauschalwertberichtigungen begegnet. Zum Bilanzstichtag hatte die VPV 414 TEUR ausstehende Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, deren Fälligkeitszeitpunkt 90 Tage überschritten hat. Die durchschnittliche Ausfallquote an Forderungen der vergangenen drei Jahre beträgt 4,0%. Die Ermittlung erfolgt aus dem Verhältnis der Wertberichtigungen zum Bilanzausweis.

C.4 Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiken versteht die VPV die Gefahr, fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachzukommen, bei Bedarf keine ausreichende Liquidität beschaffen oder aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen zu können (Liquidierbarkeitsrisiko).

Es muss jederzeit gesichert sein, dass die VPV ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Durch die ALM-Studien, die konzernweite Kapitalanlageplanung und die detaillierte Liquiditätsplanung ist die VPV in der Lage, kurzfristig und für viele Jahre im Voraus die über Kapitalerträge und Fälligkeiten erzeugte Liquidität sowohl zeitlich als auch quantitativ an den versicherungsseitigen Liquiditätsbedarf anzupassen und insbesondere die Differenz zwischen erhaltenen Beiträgen und Versicherungsleistungen ausgleichen zu können. Dies gilt auch dann, wenn alle Anleihen mit einem Kündigungsrecht nicht zum erwarteten Kündigungstermin zurückgezahlt werden sollten. Die Anlagepolitik verfolgt dabei stets das Ziel einer jederzeitigen und nachhaltigen Sicherstellung der Liquidität und der Vermeidung von Liquiditätsengpässen.

Sollte im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen des Liquiditätsbedarfs ein Änderungsbedarf angezeigt werden, so passt die VPV ihre Anlagestruktur entsprechend an. Die detaillierte unterjährige Liquiditätsplanung ermöglicht zudem eine zielgenaue und kurzfristige Liquiditätssteuerung. Darüber hinaus hält die VPV einen Liquiditätspuffer vor. Im Berichtsjahr sind zu keiner Zeit Liquiditätseingänge aufgetreten.

Der bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn beträgt zum Stichtag 5.791 TEUR.

C.5 Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken sind solche Gefahren zu verstehen, die aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen (Kontroll-) Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge extern getriebener Ereignisse (z. B. Systemausfall, Betrug, Fehler) entstehen können. Entsprechend dieser Kategorisierung werden bei der VPV speziell folgende vier Kriterien untersucht, aus denen operationelle Risiken entstehen können:

- Interne Prozesse
- Systeme (IT)
- Externe Ereignisse
- Beschäftigte

Rechtliche und steuerliche Risiken werden ebenfalls unter der Kategorie operationelle Risiken geführt und geprüft.

Den operationellen Risiken begegnet die VPV mit einem ursachenbezogenen Risikomanagement, einem konzernweiten Vorsorgesystem und einer engen Zusammenarbeit der Governancefunktionen. Das Vorsorgesystem dient ex ante zur Risikoreduktion und ex post zur Begrenzung der Auswirkungen eingetretener Risiken auf Prozesse und Systeme. Ein wesentlicher Bestandteil des Vorsorgesystems ist das GRC-Tool. Dieses Tool unterstützt die Kontrollaktivitäten im Rahmen des IKS und ermöglicht die Verknüpfung der Kontrollen mit den dazugehörigen Risiken, Maßnahmen und Prozessen. Im IKS sind auch Kontrollen zum Rechnungslegungsprozess hinterlegt. Das IKS wird in regelmäßigen Abständen auf Konsistenz und Vollständigkeit überprüft.

Die Verschärfung des Nahost-Konflikts hin zu einem Krieg in Israel und Gaza sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine beeinflussen weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland negativ. Die Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen haben unterschiedliche Effekte auf das Wirtschaftsgeschehen wie z. B. Inflation und volatile Entwicklungen an den Kapitalmärkten. Aufgrund des Geschäftsmodells, das sich auf Privatkunden mit wesentlichem Fokus auf Deutschland konzentriert, ist das Versicherungsgeschäft der VPV nicht direkt von den Auswirkungen betroffen. Mittelbare Auswirkungen sind auf das Kapitalanlage-Portfolio möglich. Dies wird mit Blick auf die Belastung der Finanzmärkte, insbesondere die inflationären Entwicklungen, im Rahmen des Risikomanagements beobachtet. Eine mögliche Erholung der Märkte hängt vor allem von der Dauer der kriegerischen Auseinandersetzungen und weiteren Sanktionen ab.

Die VPV sieht große Chancen in der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung. Allerdings haben auch Cyber-Risiken in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Entsprechend wirkt die VPV den damit verbundenen Risiken entgegen. Grundlegend trägt die VPV der immer weiter steigenden Bedrohungslage durch eine angepasste Aufbauorganisation und durch personelle Kapazitätserhöhung Rechnung. Des Weiteren wurden Maßnahmen eingeleitet, die geeignet sein können, Angriffe auf die VPV erfolgreich abzuwehren. Diese sollen zukünftig weiter ausgebaut werden, um die Sicherheit vor Cyber-Vorfällen weiter zu erhöhen. Um der Gefahrenlage grundsätzlich zu begegnen, wurde bereits vor einigen Jahren die Stelle eines Informationssicherheitsbeauftragten in der VPV geschaffen. Auf diese Weise werden alle Aktivitäten rund um das Thema Cyber-Vorfälle gebündelt. Und gleichzeitig steht der Informationssicherheitsbeauftragte in regelmäßigem Austausch mit der Geschäftsleitung, um sich mit ihr gemeinsam der sich ständig verändernden Bedrohungssituation auszutauschen und angemessene Sicherheitsmaßnahmen zu eruieren.

Die aus der Unternehmensstrategie abgeleitete Personalstrategie umfasst u. a. vielfältige Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie Sozialleistungen. Diese stellen Bindungsfaktoren für die VPV dar, mit denen den Risiken im Personalbereich begegnet und somit die Chance genutzt wird, erfahrene Mitarbeiter mit ihrem Know-how an die VPV zu binden.

Als Konsequenz aus dem Beitritt zum Verhaltenskodex des GDV für den Vertrieb von Versicherungsprodukten wird regelmäßig das Compliance Management System für den Vertrieb nach den Grundsätzen des Prüfungsstandards 980 des Instituts der Wirtschaftsprüfer überprüft. Hierbei wurden die jeweiligen Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex dahingehend betrachtet, ob die vorhandenen Richtlinien, Prozesse und Kontrollen geeignet sind, die Verpflichtungen abzudecken und damit risikomindernd oder sogar risikovermeidend zu wirken.

Die Konzernrechtsabteilung und die Compliancefunktion beobachten die gesetzgeberischen Aktivitäten und die aktuelle Rechtsprechung laufend. Sie unterstützen bei Bedarf die Fachbereiche außerdem bei rechtlichen Beratungen, Vertragsabschlüssen und Verhandlungen. Die Rechtslage wird durch Mitarbeit in Gremien und Verbänden antizipiert, um auf Chancen und Risiken aus Veränderungsimpulsen frühzeitig reagieren zu können.

Weiterhin beobachtet die VPV insbesondere die Entwicklung der Rechtsprechung zum zeitlich nicht eingeschränkten Widerrufsrecht. Die Widerrufsbelehrungen der VPV werden von nahezu allen Gerichten als rechtskonform angesehen. Die Gerichte, die in Einzelfällen bestimmte Klauseln als nicht ausreichend ansehen, weisen die Klagen in einem ständig steigenden Umfang wegen Verwirkung des Rechts ab. Besondere Maßnahmen werden daher aktuell nicht für erforderlich gehalten.

Die Konzernsteuerabteilung beobachtet und überprüft stetig Änderungen der Steuergesetzgebung auf etwaigen Handlungsbedarf. Des Weiteren wirkt die Konzernsteuerabteilung auf die Einhaltung der steuerrechtlichen Verpflichtungen hin.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategische Risiken können durch das Nichterreichen der strategischen Ziele, fehlerhafte Geschäftsentscheidungen und die sich daraus ergebenden negativen Folgen auf den Unternehmenswert entstehen. Sie können auch durch eine mangelnde Anpassungsfähigkeit an bestehende oder absehbare Umweltfaktoren entstehen. Das Chancenmanagement muss diese Möglichkeiten rechtzeitig aufzeigen, damit die richtigen strategischen Schlüsse und Entscheidungen getroffen werden können. Die VPV ermittelt, bewertet und kategorisiert die strategischen Risiken im konzerneinheitlichen Prozess der Risikoidentifikation. Sie unterliegen in diesem Prozess einer regelmäßigen Überprüfung. Die VPV begegnet diesen Risiken, indem sie u. a. die Unternehmensstrategie regelmäßig überprüft.

Reputationsrisiken sind Risiken, die sich aus einer potenziellen Schädigung des Rufs eines Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergeben können. Sie können sich damit direkt oder indirekt auf zukünftiges Geschäftsvolumen auswirken. Des Weiteren korrelieren sie in der Regel mit Risiken anderer Risikokategorien. Die VPV minimiert diese Risiken durch verantwortungsvolles und kundenorientiertes Handeln sowie durch wettbewerbsgerechte Produkte. Dennoch kann sich die VPV in Fällen negativer Berichterstattung über die Versicherungsbranche dem nicht entziehen. Die VPV sieht aber auch Chancen, sich mit bedarfsgerechten Produkten und hervorragender Beratungs- und Servicequalität von Wettbewerbern abzuheben.

Environment-, Social- and Governance-Risiken (ESG-Risiken) sind eng mit den Reputationsrisiken verbunden. Seit dem Jahr 2022 kümmert sich der VPV Nachhaltigkeitsbeauftragte um die Umsetzung regulatorischer Anforderungen, treibt die Beachtung von ESG-Kriterien im Arbeitsalltag, bei Investitionen und betrieblichen Entscheidungen weiter voran und sensibilisiert die Mitarbeitenden zu Nachhaltigkeitsthemen. Er koordiniert das bereits im Jahr 2020 installierte Nachhaltigkeitsteam. So will die VPV Risiken minimieren, aber auch sich möglicherweise daraus ergebende Chancen nutzen und ihrer Verantwortung als Unternehmen gerecht werden.

Für Investitionen in Kapitalanlagen hat sich die VPV ESG-Kriterien auferlegt. Ein Teil des Konzern-Fuhrparks konnte bereits auf nachhaltige Energien umgestellt werden. Die VPV verfolgt dies konsequent weiter. Auch weitere Verbrauchswerte für Ressourcen im Unternehmen konnten deutlich gesenkt werden. Zudem wurde Ende 2023 begonnen eine Photovoltaik-Anlage auf dem Direktionsgebäude am Standort Stuttgart zu installieren. ESG-Ziele sind seit einigen Jahren Bestandteil des Unternehmensziels.

Auf lange Sicht kann der Klimawandel die Weltwirtschaft maßgeblich beeinflussen. Bereits heute beginnen sich erste Auswirkungen abzuzeichnen, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Mittel- bis langfristig sollen diese Auswirkungen deutlich zunehmen. Mögliche Risiken entstehen dabei unmittelbar durch den Anstieg der Durchschnittstemperatur, steigende Meeresspiegel, zunehmende Hitzewellen und Dürren oder Extremwetterereignisse, aber auch indirekt durch Auswirkungen von beispielsweise Infektionskrankheiten. Dazu kommen Folgen wie Veränderungen in der Klimapolitik. Die VPV beobachtet die Situation und mögliche Konsequenzen auf den VPV Konzern sehr genau.

Aus dem Klimawandel ergeben sich aber auch Chancen. Durch gezielte Investitionen kann die VPV einen Beitrag zu einer klimaresilienten Zukunft leisten. Dafür wird das Know-how des Nachhaltigkeitsteams genutzt.

C.7 Sonstige Angaben

Alle wesentlichen Informationen zum Risikoprofil sind in den Kapiteln C.1 bis C.6 enthalten.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

Struktur der Vermögenswerte

Aktiva [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2023	IST	IST	
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1.323	-1.323
Latente Steueransprüche	0	0	0
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	101.078	98.755	2.323
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	0	0	0
Aktien	11.363	8.883	2.480
Anleihen	69.889	70.378	-489
Organismen für gemeinsame Anlagen	16.296	15.964	332
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	3.530	3.530	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	12.071	22.043	-9.972
Nicht-Leben und nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken	8.127	13.982	-5.856
Leben und nach Art der Leben betriebene Kranken außer Kranken und index- und fondsgebundene Verträge	3.944	8.060	-4.116
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	2.055	2.055	0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	9.369	4.918	4.451
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	896	896	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.460	4.460	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	9	869	-860
Vermögenswerte	129.937	135.318	-5.381

Beschreibung der Bewertungsgrundlagen, Methoden und Hauptannahmen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Für immaterielle Vermögensgegenstände (hier: EDV-Software) erfolgt kein Wertansatz in der Solvenzbilanz, da diese Vermögensgegenstände schwer veräußerbar sind.

In der Handelsbilanz werden entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände mit den Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend der Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Der Bewertungsunterschied ist somit der Wertansatz in der Handelsbilanz.

Latente Steueransprüche [Aktive latente Steuern]

In der Solvenzbilanz werden Steuerbelastungen, die sich bei Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten aufgrund von Differenzen zur Steuerbilanz ergeben, als latente Steuerschulden angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und dabei zu einer künftigen Steuerbelastung führen. Die latenten Steuern errechnen sich aus den temporären Differenzen zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Solvenz- und Steuerbilanz. Bei Auslegungsfragen wird auf den internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 12 zurückgegriffen. Die Differenzen werden mit dem kombinierten Steuersatz von 30,5% bewertet, Aktien und Beteiligung an Kapitalgesellschaften mit 1,5%. Latente Steuerschulden werden mit latenten Steueransprüchen saldiert, jedoch nicht diskontiert. In der Solvenzbilanz liegt bei den latenten Steuern insgesamt ein Passivüberhang vor. Daher werden aktive latente Steuern in der Solvenzbilanz nicht ausgewiesen.

In der Handelsbilanz erfolgt aufgrund der steuerlichen Eigenschaft als Organgesellschaft ebenfalls kein Ansatz von aktiven latenten Steuern.

Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge) [Kapitalanlagen]

Aktien

Aktiva [TEUR] 31.12.2023	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Aktien	11.363	8.883	2.480
Aktien - notiert	11.363	8.883	2.480
Aktien - nicht notiert	0	0	0

Die Aktien betreffen getätigte Investitionen in ein Aktienportfolio. Es handelt sich hierbei um notierte Aktien.

In der Solvenzbilanz wird der Zeitwert der Aktien gemäß § 56 RechVersV anhand von Börsenkursen zum Bilanzstichtag ermittelt.

In der Handelsbilanz werden Aktien, soweit diese dem Anlagevermögen zugeordnet sind, mit den fortgeführten Anschaffungskosten gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 und 3 HGB, im Falle einer dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert, bilanziert.

Insofern ergeben sich zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz entsprechende Bewertungsunterschiede.

Anleihen [Wertpapiere]

Aktiva [TEUR] 31.12.2023	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Anleihen	69.889	70.378	-489
Staatsanleihen	18.426	18.383	43
Unternehmensanleihen	51.463	51.995	-532

– Staatsanleihen und Unternehmensanleihen

In der Position Staatsanleihen werden alle Wertpapiere der handelsrechtlichen Bilanzpositionen Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und -darlehen ausgewiesen, die von öffentlicher Hand begeben werden, sei es von Zentralstaaten/Bundesstaaten, supranationalen staatlichen Institutionen, multinationalen Entwicklungsbanken, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen. Ebenfalls werden in dieser Position Anleihen mit Staatsgarantie erfasst.

In der Position Unternehmensanleihen werden alle Wertpapiere der handelsrechtlichen Bilanzpositionen Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und -darlehen ausgewiesen, die von Finanz- und Industrieunternehmen begeben werden bzw. nicht der Position Staatsanleihen zuzuordnen sind.

Für liquide börsennotierte Anleihen wird in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt.

In der Handelsbilanz erfolgt der Wertansatz für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, soweit diese im Anlagevermögen gehalten werden, gemäß § 341 b HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten, im Falle einer dauerhaften Wertminderung abzgl. Abschreibungen. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird linear

über die Laufzeit aufgelöst. Einen Sonderfall hierzu bilden Nullkuponanleihen, für die die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt wird. Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Wertpapiere werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwerten bewertet. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet. Für die Bewertung der auf fremde Währungen lautenden Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere wird gemäß § 256 a HGB der Wert in Originalwährung zum fortgeführten Devisenanschaffungskurs in Euro umgerechnet. Die Namensschuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schuldscheindarlehen werden gemäß § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird linear über die Laufzeit aufgelöst. Einen Sonderfall hierzu bilden Nullkuponanleihen, für die die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt wird.

Die Bewertungsunterschiede sind überwiegend dadurch begründet, dass das Zins- bzw. Spreadniveau zum Bewertungsstichtag im Vergleich zum Erwerbszeitpunkt abweicht. Bei einem Zinsanstieg entstehen stille Lasten bzw. bei einem Zinsrückgang stille Reserven. Entsprechend bestehen bei einer Spreadausweitung stille Lasten bzw. bei einer Spreadeinengung stille Reserven. Zum Bewertungsstichtag ergeben sich aufgrund des aktuellen Zins- und Spreadniveaus bei den Staatsanleihen positive, bei den Unternehmensanleihen negative Nettoreserven. Außerdem werden in der Solvenzbilanz enthaltene Stückzinsen handelsrechtlich in der Position „Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ berücksichtigt.

Organismen für gemeinsame Anlagen [Investmentfonds]

Aktiva [TEUR] 31.12.2023	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Organismen für gemeinsame Anlagen	16.296	15.964	332
Immobilienfonds	4.915	4.551	364
Rentenfonds und Sonstige	11.381	11.413	-32

– Immobilienfonds

In dieser Position werden Fonds ausgewiesen, die überwiegend in Immobilien investieren.

In der Solvenzbilanz werden die Fonds mit dem Net-Asset-Value (NAV) zum Stichtag bzw. mit dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den Kapitalverwaltungsgesellschaften (KVG) übermittelten Rücknahmewerten zum Stichtag ermittelt.

In der Handelsbilanz werden die dem Anlagevermögen zugeordneten Immobilienfonds mit den Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Die Bewertungsunterschiede der Fondsanteile werden überwiegend durch abweichende Zeitwerte der von den Fonds gehaltenen Immobilien bestimmt. Die Zeitwerte der Immobilien werden mittels Wertgutachten oder Discounted Cash Flow (DCF) Verfahren ermittelt. Entsprechend entstehen auf Fondsebene stille Reserven oder stille Lasten.

Zum Bewertungsstichtag ergeben sich stille Reserven.

– Rentenfonds und Sonstige

Die Position Rentenfonds besteht aus einem Publikumsfonds, der überwiegend in Renten investiert ist.

Die Zeitwerte werden mit dem NAV des Fonds zum Stichtag angesetzt. Dieser wird anhand des von der KVG übermittelten Rücknahmewertes zum Stichtag ermittelt.

Der dem Anlagevermögen zugeordnete Rentenfonds wird handelsrechtlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Zum Bewertungsstichtag wurde handelsrechtlich eine Abschreibung auf einen beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Position Sonstige besteht aus Fonds, die in Infrastruktur und Private Equity investieren.

Die Zeitwerte werden mit dem NAV der Fonds zum Stichtag bzw. mit dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den KVGEn übermittelten Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Infrastruktur- und Private Equity-Fonds werden handelsrechtlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Zum Bewertungsstichtag ergeben sich positive Nettoreserven.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Hier werden die Einlagen bei Kreditinstituten, insbesondere Festgelder und Tagesgelder ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt in der Handelsbilanz zum Nennwert. In der Solvenzbilanz wird aufgrund der kurzen Laufzeiten ebenfalls der Nennwert angesetzt. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen [Anteile Rückversicherung an vt. Rückstellungen]

Aktiva [TEUR] 31.12.2023	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	12.071	22.043	-9.972
Nicht-Leben und nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken	8.127	13.982	-5.856
Nicht-Leben außer Kranken	7.562	10.269	-2.708
Nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken	565	3.713	-3.148
Leben und nach Art der Leben betriebene Kranken außer Kranken und Index- und Fondsgebundene	3.944	8.060	-4.116
Nach Art der Leben betriebene Kranken	3.944	8.060	-4.116
Leben außer Kranken und Index-- und Fondsgebundene	0	0	0

Dargestellt ist der an die Rückversicherung zedierte Anteil an den vt. Brutto-Rückstellungen.

Die Rückstellungen, die unter „Nicht-Leben und nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken“ zusammengefasst sind, setzen sich in der Solvenzbilanz aus Schaden- und Prämienrückstellungen

zusammen. Dabei wird als Brutto-Schadenrückstellung der Barwert für die erwarteten zukünftigen Schadenzahlungen verwendet. Es wurde bei der Ermittlung der Beträge das Chain-Ladder-Verfahren angewendet. Die zedierten Rückstellungen werden daraus durch Anwendung der Rückversicherungsordnung abgeleitet. Als Prämienrückstellung wird die Differenz aus erwarteten zukünftigen Schadenzahlungen zzgl. erwarteter zukünftiger Kosten und erwarteter zukünftiger Prämien aus Mehrjahresverträgen zzgl. Beitragsüberträgen verwendet. Für die Prämienrückstellung wurden die Berechnungen sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis durchgeführt und daraus die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen berechnet. Bei den zedierten Rückstellungen für Versicherungen nach „Leben und nach Art der Leben betriebene Kranken außer Kranken und Index- und Fondsgebundene“ handelt es sich zum einen um den zedierten Anteil an der Renten-Deckungsrückstellung für Unfallrenten. In der Solvenzbilanz handelt es sich dabei um den Barwert der zu erwartenden zukünftigen Zahlungen für Rentenfälle unter Berücksichtigung von Kosten und vorzeitigen Abgängen. Zum anderen handelt es sich um die zedierten Rückstellungen für Kranken für die Verpflichtungen aus den VPV Vital-Produkten. Hierzu sind zusätzlich die zukünftigen zedierten Cash Flows noch nicht eingetretener Rentenfälle sowie eingetretener, aber noch nicht anerkannter Rentenfälle zu bewerten.

In der Handelsbilanz erfolgt der Ausweis der Rückversicherungsanteile auf der Passivseite als Abzugsbetrag von den vt. Bruttorekstellungen. Die Ermittlung erfolgt entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen mit den Rückversicherern.

Der Betragsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz resultiert aus den unterschiedlich vorgeschriebenen Methoden für die Berechnung der vt. Rückstellungen und dem unterschiedlichen Bilanzausweis.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern [Forderungen aus dem s. a. G.]

Unter dieser Position sind die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern (im Wesentlichen Beitragsforderungen) ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt sowohl in der Solvenz- als auch in der Handelsbilanz zum Nennwert abzgl. Wertberichtigungen. Daher besteht kein Bewertungsunterschied.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

In diesem Posten werden zum Stichtag die Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern ausgewiesen.

Aufgrund der kurzfristigen Laufzeit von bis zu einem Jahr wird der Ansatz der Rückversicherungsforderungen in der Solvenzbilanz zum Nennwert analog der handelsrechtlichen Bewertung vorgenommen. Wegen des Imparitätsprinzips erfolgt handelsrechtlich kein Ansatz einer noch nicht realisierten Gewinnanteilsforderung.

Der Bewertungsunterschied ist die Gewinnanteilsforderung aus einem Rückversicherungsvertrag.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung) [Sonstige Forderungen]

In diesem Posten werden Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, aus Zinsansprüchen sowie gegenüber der Finanzbehörde ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt sowohl in der Solvenz- als auch in der Handelsbilanz zum Nennwert. Daher besteht kein Bewertungsunterschied.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Unter diesem Posten werden die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt sowohl in der Solvenz- als auch in der Handelsbilanz zum Nennwert.

Es besteht kein Bewertungsunterschied.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

In der Handelsbilanz werden noch nicht fällige Zinsen als Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt. In der Solvenzbilanz sind diese bereits im Zeitwert bei der entsprechenden Kapitalanlageposition enthalten und werden somit als Abgrenzungsposten nicht separat ausgewiesen.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen**Verwendete Hauptannahmen bei der Berechnung der Best Estimate Rückstellung und Risikomarge**

Die folgende Tabelle stellt die vt. Rückstellungen unter Solvency II getrennt nach Geschäftsbereichen dar.

Vt. Rückstellungen - Solvency II [TEUR]	31.12.2023 IST
Nicht-Leben (außer Kranken)	
Feuer- und andere Sachversicherungen	33.728
Best Estimate Rückstellung	30.515
Risikomarge	3.213
Allgemeine Haftpflichtversicherung (ohne Renten in Leistung)	6.490
Best Estimate Rückstellung	6.215
Risikomarge	275
Rechtsschutzversicherung	2.082
Best Estimate Rückstellung	1.954
Risikomarge	129
Beistandsleistungsversicherung	3
Best Estimate Rückstellung	3
Risikomarge	0
Kranken (nach Art der Nicht-Leben)	
Berufsunfähigkeitsversicherung	5.245
Best Estimate Rückstellung	4.956
Risikomarge	290
Kranken (nach Art der Leben)	
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	3.380
Best Estimate Rückstellung	3.307
Risikomarge	73
Krankenversicherung	11.970
Best Estimate Rückstellung	9.899
Risikomarge	2.072
Vt. Rückstellungen - Solvency II	62.899
Best Estimate Rückstellung	56.848
Risikomarge	6.051

Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die vt. Rückstellungen setzen sich aus dem Best Estimate (BE) – dem besten Schätzwert der vt. Rückstellungen – und der Risikomarge zusammen. Im Folgenden wird auf die einzelnen Komponenten eingegangen sowie deren Berechnung skizziert.

Best Estimate (Nicht-Leben und Kranken nach Art der Nicht-Leben)

Der BE ist der unter Anwendung realistischer Annahmen berechnete und mit Eintrittswahrscheinlichkeiten gewichtete Barwert aller zukünftigen Zahlungsströme aus den Versicherungsverträgen.

Der überwiegende Teil der Rückstellungen, die unter Nicht-Leben-Segmente zusammengefasst sind, setzt sich je Geschäftsbereich aus Schaden- und Prämienrückstellungen zusammen. Die Ermittlung der Schadenrückstellung erfolgt mittels aktuarieller Verfahren. Hierbei werden bei der Ermittlung der Schadenrückstellungen Daten auf Anfalljahresbasis inkl. der Berücksichtigung von externen Schadenregulierungskosten und ohne Inflationsbereinigung zugrunde gelegt. Nach erfolgter Methodvalidierung werden bei dem verwendeten Verfahren Besonderheiten, Ausreißer und Inflation berücksichtigt. Aus der aktuariellen Schätzung wird ein Barwert mit Hilfe der aktuellen Zinsstrukturkurve gebildet. Da in den Daten die internen Schadenregulierungskosten nicht enthalten sind, werden diese mit einer aktuariellen Methode in Anlehnung an das Paid-to-Paid-Verfahren erfasst und additiv ergänzt. Des Weiteren werden Kapitalanlageverwaltungskosten laufzeitabhängig berücksichtigt.

Als Prämienrückstellung wird die Differenz aus erwarteten zukünftigen Schadenzahlungen zzgl. erwarteter zukünftiger Kosten und erwarteter zukünftiger Prämien aus Mehrjahresverträgen und Beitragsüberträgen verwendet. Die Prämienrückstellung wird über eine vereinfachte Methode mit Hilfe von Schaden-Kosten-Quoten und geschätzter zukünftiger Prämieinnahmen ermittelt. Als Annahme für zukünftige Schäden wird die Ultimate-Schadenquote inkl. Berücksichtigung der internen Schadenregulierungskosten sowohl auf diese Prämieinnahmen als auch auf die Beitragsüberträge angewendet. Eine Einschätzung der zukünftigen Kosten wird mit Hilfe der Kostenquote vorgenommen. Dabei wird die Kostenquote auf die Prämieinnahmen angewendet; auf die Beitragsüberträge wird nur die Verwaltungskostenquote angewendet. Aus diesen Größen wird ein Barwert mit Hilfe der verwendeten Zinsstrukturkurve gebildet. Des Weiteren werden Kapitalanlageverwaltungskosten laufzeitabhängig berücksichtigt.

Der Geschäftsbereich Beistandsleistungsversicherungen wird aufgrund der Geringfügigkeit der Beträge nach HGB bewertet.

Best Estimate (Kranken nach Art der Leben)

Bei der Rückstellung für Kranken nach Art der Leben werden für die bestehenden Rentenzahlungsverpflichtungen die Rückstellungen für Unfallrenten sowie Vitalrenten ausgewiesen. Für die VPV Vital-Produkte werden außerdem die Cash Flows für noch nicht eingetretene Rentenfälle bewertet. Dabei handelt es sich um den Barwert der zu erwartenden zukünftigen Zahlungen für Rentenfälle unter Berücksichtigung von Kosten und vorzeitigen Abgängen sowie Beitragseinnahmen bei den VPV Vital-Produkten. Als Ausscheideordnung werden fallbezogen die DAV 2006 HUR oder die DAV 2008 P zweiter Ordnung bzw. Rechnungsgrundlagen der Rückversicherer zugrunde gelegt. Eine Diskontierung wird mit der von EIOPA vorgegebenen risikolosen Zinsstrukturkurve durchgeführt.

Risikomarge

Die Risikomarge entspricht dem Betrag, den ein Versicherungsunternehmen fordern würde, um die Versicherungsverpflichtungen eines anderen Versicherungsunternehmens zu übernehmen. Die Risikomarge berücksichtigt insbesondere das Risiko, dass höhere Auszahlungsströme für Schäden bzw. Versicherungsleistungen und für den Versicherungsbetrieb anfallen, als in den Rückstellungen berücksichtigt wurden (Zufallsrisiko, Irrtumsrisiko). Die Bewertung der Risikomarge erfolgt als Aufschlag zum BE dergestalt, dass damit die planmäßigen Kapitalkosten verdient werden. Zur Berechnung wird ein Kapitalkostensatz von 6 % angesetzt. Im verwendeten Verfahren wird die

Ebene der SCR-Fortschreibung bis auf Risikosubmodule heruntergebrochen. Je Risikosubmodul kann dann eine individuelle Fortschreibung des Risikos erfolgen. Dadurch soll der Abwicklung des einzelnen Risikos besser Rechnung getragen und eine Überschätzung der Risikomarge vermieden werden. Neben einer Trennung der Risiko(sub)module wurde auch eine Aufteilung der Risiken auf LoBs implementiert. Die Berücksichtigung der Risikomarge bewirkt, dass der erwartungsgemäß von den Prämien nicht benötigte Teil zum Bilanzstichtag nicht in Gänze als Gewinn ausgewiesen, sondern teilweise als Entgelt für die Risikoübernahme zurückgestellt wird.

Grad an Unsicherheiten in Bezug auf die Solvency II-Berechnung und Methode

Bei der Bewertung der vt. Rückstellungen bestehen zunächst Unsicherheiten aufgrund des Modellierungsrisikos. Dabei kann insbesondere eine fehlerbehaftete Bewertung des BE durch eine ungeeignete Modellwahl auftreten. Um diesen Unsicherheiten entgegenzuwirken, wertet die VMF regelmäßig alternative Modellansätze aus, vergleicht sie untereinander und plausibilisiert sie mit historischen Erwartungswerten.

Des Weiteren können Unsicherheiten bei der Bewertung der vt. Rückstellungen aufgrund des Prognoserisikos entstehen. Statistischen Fehleinschätzungen der Schadenrückstellungen auf Basis der Schadenverläufe der Vergangenheit begegnet die VPV durch eine sorgfältige Analyse der Schadenhistorien und der zugehörigen Abwicklungsdreiecke. Gegebenenfalls werden Prognosefaktoren nach Identifikation von Auffälligkeiten angepasst.

Unsicherheiten bei der Bewertung der Rückstellungen Leben und Kranken nach Art der Leben ergeben sich aus der Verwendung der Ausscheideordnungen DAV 2006 HUR sowie DAV 2008 P zweiter Ordnung bzw. der Rechnungsgrundlagen der Rückversicherer.

Zufallsbedingten Schwankungen der zukünftigen Verpflichtungen ist innerhalb des BE nicht entgegenzuwirken, da es sich hierbei um eine Bestimmung eines festen Wertes handelt, der insofern kein Spektrum an möglichen Schadenverläufen ausweisen kann. Diese Risiken sind stattdessen innerhalb der Solvenzkapitalanforderung im Reserverisiko berücksichtigt. Innerhalb der vt. Rückstellungen finden die zukünftigen Solvenzkapitalanforderungen durch die Berechnung der Risikomarge Berücksichtigung.

Weitere Unsicherheiten treten bei der Bewertung der vt. Rückstellungen aufgrund des Änderungsrisikos auf. Insbesondere können dabei Abweichungen von zukünftigen Entwicklungen von der Vergangenheit durch künftige Maßnahmen des Managements auftreten. Dieses Änderungsrisiko ist aufgrund der kontinuierlichen Geschäfts- und Risikostrategie als gering einzuschätzen.

Die VMF koordiniert und überwacht die Berechnung der vt. Rückstellungen. Dabei analysiert und überprüft sie regelmäßig die Angemessenheit der zugrunde liegenden Modelle inkl. der Parametrisierungen sowie weitere Annahmen bei der Berechnung der vt. Rückstellungen.

Die vorhandenen Unsicherheiten sind identifiziert und werden regelmäßig analysiert und ggf. ergänzt. Insgesamt sind gegenwärtig keine wesentlichen Unsicherheiten bekannt.

Gegenüberstellung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz und HGB-Bilanz

Vt. Rückstellungen - Solvency II und HGB [TEUR] 31.12.2023	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Nicht-Leben	47.549	75.555	-28.007
Nicht-Leben (außer Kranken)	42.304	57.259	-14.956
Kranken (nach Art der Nicht-Leben)	5.245	18.296	-13.051
Leben (außer Index- und Fondsgebundene)	15.350	22.008	-6.658
Kranken (nach Art der Leben)	15.350	22.008	-6.658
Leben (außer Kranken und Index- und Fondsgebundene)	0	0	0
Vt. Rückstellungen	62.899	97.563	-34.664
Sonstige vt. Rückstellungen	0	7.360	-7.360
Vt. Rückstellungen (inkl. Sonstige vt. Rückstellungen)	62.899	104.923	-42.024

Die Abweichungen zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz resultieren zum einen aus methodisch unterschiedlichen Bewertungsansätzen und zum anderen aus der Nichtberücksichtigung von handelsrechtlichen Bilanzpositionen. In der Solvenzbilanz erfolgt die Bewertung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in homogenen Risikogruppen gemäß den in der Historie beobachteten Erwartungen unter Berücksichtigung der Diskontierung mit der risikolosen Zinsstrukturkurve. In der Handelsbilanz wird die Bewertung einzelvertraglich nach dem Vorsichtsprinzip zzgl. einer Spätschadenpauschale sowie intern zurückgestellter Schadenregulierungskosten ohne eine Diskontierung vorgenommen und fällt dementsprechend deutlich höher aus.

Unter Solvency II werden innerhalb der Prämienrückstellung etwaige Schäden aus bereits eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen berücksichtigt. Unter HGB wird diese Bilanzposition nicht angesetzt.

In der Solvenzbilanz wird innerhalb der vt. Rückstellungen die Risikomarge berücksichtigt, um Kapitalkosten aufgrund zukünftiger Zufalls- und Änderungsrisiken Rechnung zu tragen. Dieser wesentliche Bestandteil der Solvency II-Rückstellungen ist unter HGB nicht enthalten.

Analyse der Auswirkungen der Long-Term Guarantees- und Übergangsmaßnahmen

Bei der VPV-SAG wurden bei der Bewertung der vt. Rückstellungen weder die genehmigungspflichtigen Instrumente der Übergangsmaßnahmen nach §§ 351 VAG und 352 VAG noch die Volatilitätsanpassung (VA) nach § 82 VAG angewendet.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Es gibt keine weiteren als die auf der Aktivseite ausgewiesenen einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen. Zur Bewertung wird auf die Ausführungen unter Kapitel D.1 Vermögenswerte verwiesen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Quantitative Angaben zu sonstigen Verbindlichkeiten

Passiva [TEUR] 31.12.2023	Solvency II IST	HGB IST	Abw.
Vt. Rückstellungen (inkl. Sonstige vt. Rückstellungen)	62.899	104.923	-42.024
Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	176	176	0
Rentenzahlungsverpflichtungen	262	330	-68
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	3.125	3.125	0
Latente Steuerschulden	4.087	0	4.087
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	1.601	1.601	0
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	268	268	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	1.912	1.912	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	32	32	0
Verbindlichkeiten	74.361	112.366	-38.005

Qualitative Angaben zu sonstigen Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Position Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen umfasst die handelsrechtliche Bilanzposition sonstige Rückstellungen. Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich um Rückstellungen für den Jahresabschluss einschließlich der Veröffentlichung, für den Druckbericht, für Aufbewahrungs- sowie Gutachterkosten sowie für ausstehende Rechnungen.

Die Bewertung der nichtversicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre grundsätzlich abgezinst.

Aus Wesentlichkeits- sowie Proportionalitätsgründen ist der Wertansatz in der Solvenzbilanz aus der Handelsbilanz übernommen worden. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Rentenzahlungsverpflichtungen [Pensionsrückstellungen]

In dieser Position werden ausschließlich Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen ausgewiesen.

In der Solvenzbilanz erfolgt die Bewertung der Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen gemäß IAS 19. Hierbei werden auf Basis der Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode), einem Anwartschaftsbarwertverfahren, die zum Bilanzstichtag verdienten Versorgungsansprüche bewertet und mit einem Diskontierungszins abgezinst. Als Diskontierungszins wurde entsprechend der veröffentlichten Mercer Yield Curve bei einer Duration von 15 Jahren 3,57% angesetzt. Hierbei handelt es sich um einen Stichtagszins, bei dem erzielbare Renditen für hochwertige festverzinsliche Unternehmensanleihen am Markt mit einem AA-Rating zugrunde gelegt werden. Im Vergleich zur Handelsbilanz, in der ein Durchschnittszins über die letzten 10 Jahre angesetzt wird, ist dieser Zins damit wesentlich volatil und abhängiger von der aktuellen Kapitalmarktentwicklung. Die Duration wurde aus dem Bestand des VPV-Konzerns, der die Verpflichtungen aller Gesellschaften umfasst, abgeleitet.

Handelsrechtlich werden die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB im Geschäftsjahr auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst. Die Berechnung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt ebenfalls nach der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 1,83%. Zugrunde gelegt wird ein Rententrend von 2,1% p. a. Bei der Ableitung des Diskontierungszinssatzes wurde eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt.

Der Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz ergibt sich im Wesentlichen aus dem zugrundeliegenden Diskontierungszins.

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Im Posten Depotverbindlichkeiten sind für Rentenverpflichtungen des Rückversicherers Sicherheitsbeträge gemäß den vertraglichen Vereinbarungen einbehalten worden.

Der Wertansatz erfolgt in der Handelsbilanz mit dem Erfüllungsbetrag. Aus Wesentlichkeitsgründen und aufgrund der jährlichen Abrechnung mit dem Rückversicherer ist der Wertansatz in der Solvenzbilanz aus der Handelsbilanz übernommen worden. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Latente Steuerschulden [Passive latente Steuern]

In der Solvenzbilanz werden Steuerbelastungen, die sich bei Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten aufgrund von Differenzen zur Steuerbilanz ergeben, als latente Steuerschulden angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und dabei zu einer künftigen Steuerbelastung führen.

In der Solvenzbilanz errechnen sich die latenten Steuern aus den temporären Differenzen zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Solvenz- und Steuerbilanz. Bei Auslegungsfragen wird auf den internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 12 zurückgegriffen. Die Differenzen werden mit dem kombinierten Steuersatz von 30,5% bewertet, Aktien und Beteiligung an Kapitalgesellschaften mit 1,5%. Latente Steuerschulden werden mit latenten Steueransprüchen saldiert, jedoch nicht diskontiert. In der Solvenzbilanz liegt bei den latenten Steuern insgesamt ein Passivüberhang vor.

Der Passivüberhang an latenten Steuern resultiert in der Solvenzbilanz im Wesentlichen aus folgenden Bilanzpositionen:

- Forderungen gegenüber Rückversicherern
- Vt. Rückstellungen

In der Handelsbilanz bestehen keine passiv latenten Steuerschulden. Der Bewertungsunterschied resultiert somit aus der Solvenzbilanz.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern [Verbindlichkeiten aus dem s. a. G.]

Unter dieser Position sind die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern (Beteiligungsgeschäft) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

In diesem Posten werden die Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern zum Stichtag ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) [Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung]

In dieser Position werden im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Steuerbehörden und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Es handelt sich um kurzfristige Verbindlichkeiten. Zahlungsziele von über einem Jahr bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

In dieser Sammelposition werden alle bisher nicht ausgewiesenen Bilanzpositionen zusammengefasst. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Schadenverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die beizulegenden Zeitwerte unter Solvency II werden auf Basis einer dreistufigen Bewertungshierarchie ermittelt. Die Zuordnung gibt Auskunft darüber, welche der ausgewiesenen Zeitwerte über Transaktionen am Markt zustande gekommen sind und in welchem Umfang die Bewertung wegen fehlender Markttransaktionen auf alternativen Bewertungsmethoden beruht, welche auf Basis beobachtbarer marktabgeleiteter Inputfaktoren oder mittels Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren erfolgen. Die Zuordnung zu einer der drei Stufen hängt von den im Rahmen der Bewertung verwendeten Inputfaktoren ab:

- Stufe 1: Notierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.
- Stufe 2: Ist es nicht möglich, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Marktpreise gemäß Stufe 1 zu verwenden, so erfolgt eine Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind. Preisrelevante Unterschiede zwischen dem Bewertungs- und Vergleichsobjekt sind dabei in Form von Korrekturen zu berücksichtigen.
- Stufe 3: Alternative Bewertungsmethoden mit Verwendung von an aktiven Märkten beobachtbaren oder nicht beobachtbaren Inputfaktoren; dabei kann es sich sowohl um Informationen handeln, die den Marktteilnehmern zugänglich sind (Analystenschätzungen, Branchenstudien etc.), als auch um unternehmensinterne Informationen.

Bei Anwendung von Stufe 3 handelt es sich um eine alternative Bewertungstechnik, bei der die Bewertung so weit wie möglich aus Vergleichswerten abgeleitet, extrapoliert oder auf andere Weise unter größtmöglicher Verwendung von Marktdaten errechnet wird. Sofern eine Bewertung zu Modellpreisen erforderlich ist, basiert die Bewertung in größtmöglichem Umfang auf beobachtbaren Eingangsparametern und Marktdaten. Die Verwendung von unternehmensspezifischen Daten und von nicht beobachtbaren Eingangsparametern wird so gering wie möglich gehalten. Für die Ermittlung kommen gemäß Solvency II-Rechnungsgrundlagen die drei Bewertungsverfahren marktbasierter Ansatz, einkommensbasierter Ansatz sowie kostenbasierter oder dem auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierenden Ansatz in Betracht.

Gemäß den Rechtsgrundlagen von Solvency II sind hiervon die folgenden Bilanzpositionen der VPV explizit ausgenommen, da gesonderte Bewertungsvorgaben vorliegen:

- Immaterielle Vermögenswerte
- Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, sofern nach der angepassten Equity-Methode bewertet
- Vt. Rückstellungen einschließlich der einforderbaren Beiträge aus Rückversicherungsverträgen
- Latente Steuern

Die nachfolgende Tabelle stellt diejenigen Bilanzpositionen der VPV im Überblick dar, die mit alternativen Bewertungsmethoden bewertet werden:

Alternative Bewertungsmethoden	Bewertungslevel 3
Aktiva	
Anleihen (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Schuldscheindarlehen)	x
Organismen für gemeinsame Anlagen	x
Sonstige Vermögenswerte	x
Passiva	
Rentenzahlungsverpflichtungen	x
Sonstige Verbindlichkeiten	x

Durch eine ständige Marktbeobachtung, regelmäßige Weiterbildung und Austausch mit Experten wird sichergestellt, dass die Bewertungsmodelle und Annahmen der Positionen der Stufe 3 den regulatorischen Anforderungen gemäß § 74 VAG genügen und der gängigen Praxis entsprechen. Neben den internen Validierungsmaßnahmen erfolgt seit dem Stichtag des 31.12.2016 eine regelmäßige Prüfung der Solvabilitätsübersicht und deren zugrunde liegenden Bewertungsansätze durch den Abschlussprüfer.

Im Folgenden werden die alternativen Bewertungsmethoden erläutert, die im Berichtszeitraum für die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der VPV zur Anwendung kamen:

Anleihen

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen sowie Schuldscheindarlehen werden nicht an der Börse gehandelt. Die Preisbestimmung erfolgt daher grundsätzlich modellgestützt, in der Regel mithilfe der Discounted Cash Flow (DCF)-Methode durch externe Dienstleister. Die Kurse werden anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads berechnet, welche, falls vorhanden, aus börsengehandelten Papieren abgeleitet werden. Die Modelle werden von den externen Dienstleistern fortlaufend auf Geeignetheit überprüft und im Tagesgeschäft überwacht z. B. bezüglich etwaiger Anpassungen der Markinputparameter.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Kurse durchlaufen bei den externen Dienstleistern alle Vermögenswerte einen definierten Prüfungsprozess. Dieser Prüfungsprozess sieht u. a. den Vergleich der Kurse mit anderen Quellen vor und berücksichtigt tägliche Schwankungen und das Alter des Kurses.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Fonds werden mit dem Net Asset Value (NAV) zum Stichtag bzw. dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den Kapitalverwaltungsgesellschaften übermittelten Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Für die zugrunde gelegten Methoden, Grundlagen und Hauptannahmen der Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen mithilfe alternativer Bewertungsmethoden wird auf die Ausführungen im Kapitel D.3 verwiesen.

Sonstige Vermögenswerte/Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den „Sonstigen Vermögenswerten/Sonstigen Verbindlichkeiten“ sind verschiedene Bilanzpositionen zusammengefasst wie Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten, die verschiedenen aktiven Forderungspositionen, Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Geschäft sowie die weiteren passiven Verbindlichkeitspositionen. Die zusammengefassten Bilanzpositionen werden in der Solvabilitätsübersicht grundsätzlich nach HGB bewertet und angesetzt. Als Grundlage hierfür dient die Auslegungsentscheidung der BaFin für die „Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten außer versicherungstechnischen Rückstellungen – HGB vs. Solvency II“, die für die entsprechenden Bilanzpositionen eine Übernahme der handelsrechtlichen Werte in die Solvabilitätsübersicht als angemessen ansieht. Dies gilt insbesondere für Positionen, die wie bei der VPV einen kurzfristigen Charakter ohne festgelegten Zinssatz aufweisen und für die demzufolge keine Diskontierung vorgenommen werden muss. Abweichungen zum HGB-Wert begründen sich lediglich in ausweistechnischen Unterschieden.

D.5 Sonstige Angaben

Kapitel D.1 bis D.4 enthalten alle wesentlichen Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Ergänzende Angaben sind nicht erforderlich.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Ziele, Politiken und Verfahren des Kapitalmanagements

Die VPV-Gruppe versteht sich als Konzern, dessen Einzelgesellschaften gesamthaft den Ertrag, die Liquidität sowie die Solvabilität beziehungsweise die Risikotragfähigkeit des Konzerns gewährleisten. Dabei sind Nachhaltigkeit des Geschäfts sowie Stabilität des Konzerns oberste Ziele. In der Unternehmenspolitik steht die Konzernsicht im Vordergrund, jedoch soll die Steuerung gewährleisten, dass die Einzelgesellschaften die Solvabilitätsanforderungen jederzeit aus eigener Kraft erfüllen. Das Kapitalmanagement der VPV ist darüber hinaus Bestandteil des konzernweiten Risikomanagements mit dem zentralen Ziel, das Bestehen und die Unabhängigkeit des Unternehmens im Sinne der Geschäftsstrategie dauerhaft zu sichern.

Die Geschäftsplanung erstreckt sich über fünf Jahre. Innerhalb des Berichtszeitraums gab es keine wesentlichen Änderungen des Kapitalmanagements.

Klassifizierung der Eigenmittel nach Tiers und Anrechnungsfähigkeit zur Bedeckung der Kapitalanforderungen

VPV-SAG Standardformel Planszenario	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Summe
Eigenmittel [TEUR] 31.12.2023	IST	IST	IST	IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	5.113	0	0	5.113
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	409	0	0	409
Ausgleichsrücklage	50.053	0	0	50.053
Latente Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Ergänzende Eigenmittel				
Nicht eingezahltes und einforderbares Grundkapital	0	0	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	55.575	0	0	55.575
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	55.575	0	0	55.575
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	55.575	0	0	55.575
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	55.575	0	0	55.575

Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung

Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) stehen 55.575 TEUR an Eigenmitteln zur Verfügung. Die Eigenmittel sind als Tier 1 klassifiziert und damit vollständig anrechenbar.

Eigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung

Zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung (MCR) stehen 55.575 TEUR an Eigenmitteln zur Verfügung. Die Eigenmittel sind als Tier 1 klassifiziert und damit vollständig anrechenbar.

Gegenüberstellung der Eigenmittel nach Solvency II und HGB

VPV-SAG Standardformel Planszenario Eigenmittel [TEUR] 31.12.2023	Solvency II IST	HGB IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen		
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	5.113	5.113
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio (Kapitalrücklage)	409	8.239
Ausgleichsrücklage	50.053	0
Gewinnrücklagen		9.600
Bilanzgewinn		0
Latente Netto-Steueransprüche	0	0
Ergänzende Eigenmittel		
Nicht eingezahltes und einfordersbares Grundkapital	0	
Eigenmittel	55.575	22.952
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	55.575	
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	55.575	

In der vorliegenden Gegenüberstellung der Eigenmittel nach Solvency II und HGB resultieren die Unterschiede zwischen dem Eigenkapital gemäß HGB und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß Solvency II im Wesentlichen aus den Umbewertungen von Buchwerten zu Marktwerten der Kapitalanlagen und der vt. Verbindlichkeiten, die sich in den Tier 1-Eigenmitteln widerspiegeln.

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)

Das Grundkapital entspricht dem eingezahlten gezeichneten Kapital und ist eingeteilt in 5.113.000 Namensaktien im Nennbetrag von je 1,00 EUR. Alleiniger Anteilseigner ist die VPV-Holding.

Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio [Kapitalrücklage]

Ausgewiesen ist ein in der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB enthaltenes Agio von 409 TEUR.

Die in der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB ebenfalls enthaltenen anderen Zuzahlungen von 7.830 TEUR sind in der Solvenzübersicht in der Ausgleichsrücklage enthalten.

Gewinnrücklagen

In der Handelsbilanz ist die gesetzliche Rücklage in voller Höhe von 102 TEUR dotiert. Die anderen Gewinnrücklagen betragen 9.498 TEUR zum 31.12.2023.

Beide Positionen finden bei den Eigenmitteln in der Solvenzübersicht keinen separaten Ansatz, sondern sind in der Ausgleichsrücklage enthalten.

Ausgleichsrücklage

Bei der Ausgleichsrücklage gemäß Artikel 70 DVO handelt es sich in der Solvenzübersicht um den Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich der bereits erfassten anderen Basiseigenmittelbestandteile Grundkapital und Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB.

Dieser setzt sich im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz zusammen, die aus höheren Zeitwerten bei den Kapitalanlagen, der Berücksichtigung der Finanzrückversicherung sowie geringeren vt. Verpflichtungen resultieren. Des Weiteren gehen aktive und passive latente Steuern in die Ausgleichsrücklage mit ein. Die detaillierten Bewertungsunterschiede sind im Kapitel D aufgeführt.

Die Ausgleichsrücklage unterliegt als ökonomische Stichtagsgröße Schwankungen, die sich sowohl kurzfristig als auch langfristig einstellen können. Die Auswirkungen können sich von unwesentlichen Veränderungen bis hin zu signifikanten Belastungen etwa im Zuge eines 200-Jahresereignisses erstrecken. Die ursächlichen Risiken sowie deren Kontrolle und Steuerung sind umfangreich im Kapitel C zum Risikoprofil aufgeführt. Die wesentlichen Instrumente innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts sind dabei ALM-Studien, die SAA, das Limitsystem und der ORSA-Prozess.

Latente Netto-Steueransprüche

Nach Saldierung der latenten Steuern besteht im Berichtsjahr kein Aktivüberhang.

Veränderung der Eigenmittel im Berichtszeitraum

VPV-SAG Standardformel Planszenario	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Summe
Eigenmittel [TEUR] 31.12.2022	IST	IST	IST	IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	5.113	0	0	5.113
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	409	0	0	409
Ausgleichsrücklage	39.268	0	0	39.268
Latente Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Ergänzende Eigenmittel				
Nicht eingezahltes und einforderbares Grundkapital	0	0	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	44.790	0	0	44.790
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	44.790	0	0	44.790
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	44.790	0	0	44.790
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	44.790	0	0	44.790

Im Vergleich zum Vorjahr 2022 liegen keine Veränderungen hinsichtlich der Aufteilung der Eigenmittel auf die Tiers vor. Die VPV verfügt weiterhin ausschließlich über Tier 1-Eigenmittel. Innerhalb des Tier 1 bestehen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr ausschließlich in der Ausgleichsrücklage. Dabei erhöht sich der Überhang der Assets über die Verbindlichkeiten um 10.785 TEUR und damit um rund 24 % der Eigenmittel. Der Anstieg ist zum einen auf eine Stärkung des Eigenkapitals und zum anderen auf einen Anstieg der stillen Reserven zurückzuführen. Dabei steigen die stillen Reserven in den Kapitalanlagen aufgrund der verbesserten Situation am Kapitalmarkt. Eine Weiterentwicklung der Modellierung führt außerdem zu einem Anstieg der stillen Reserven in der Versicherungstechnik.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Aufschlüsselung Solvenzkapitalanforderung nach Risikomodulen

VPV-SAG Standardformel Planszenario	31.12.2023	31.12.2022
SCR [TEUR]	IST	IST
Marktrisiko	10.410	9.802
Gegenparteiausfallrisiko	1.280	1.371
Versicherungstechnisches Risiko Leben	0	0
Versicherungstechnisches Risiko Kranken	8.374	6.574
Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben	38.593	29.879
Diversifikation	-14.211	-12.062
Risiko immaterieller Vermögenswerte	0	0
BSCR	44.446	35.564
Operationelles Risiko	2.165	2.003
Verlustrückstellungen für latente Steuern	-13.090	-9.667
SCR	33.521	27.900

Das vt. Risiko dominiert das Risikoprofil der VPV. Innerhalb des vt. Risikos Nicht-Leben ist dabei das Naturkatastrophenrisiko maßgeblich. Im Bereich Kranken dominiert das Risiko nach Art der Leben.

Wie bereits im Vorjahr dominiert innerhalb des Marktrisikos das Aktienrisiko, dabei hat sich die Allokation des Portfolios nicht signifikant verändert. Das Spreadrisiko ist aufgrund des hohen Anteils festverzinslicher Titel ein weiterer wesentlicher Risikotreiber innerhalb des Marktrisikos.

Die Standardformel basiert auf dem 99,5%-Quantil. Das bedeutet, dass die Ruinwahrscheinlichkeit für das Folgejahr maximal 0,5% beträgt, oder anders ausgedrückt, dass eine technische Sicherheit von 99,5% dafür garantiert wird, dass alle im Folgejahr anfallenden Zahlungsverpflichtungen inklusive der Folgeverpflichtungen bedient werden können.

Die Berechnung des SCR erfolgte gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2016/467. Der endgültige Betrag des SCR unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

Angaben zu vereinfachten Berechnungen je Risikomodul und Untermodul

Es werden für die Risikomodule und -submodule keine vereinfachten Berechnungen angewandt.

Angaben zur Verwendung unternehmensspezifischer Parameter in der Standardformel

Es werden keine unternehmensspezifischen Parameter in der Standardformel verwendet.

Informationen zur Verlustrückstellungen für latente Steuern

Die Solvenzkapitalanforderung wurde um die Verlustrückstellungen für latente Steuern um 13.090 TEUR angepasst. Davon werden rund 9.003 TEUR durch die Verlustrückstellungen für zukünftiger Gewinne begründet, die auf die stillschweigende Verlängerung der schon im Bestand befindlichen Verträge zurückzuführen sind. Des Weiteren besteht die Anpassung aus dem Überhang der passiven latenten Steuern in der Bilanz.

Verwendete Inputs zur Berechnung der Mindestkapitalanforderung

VPV-SAG Standardformel Planszenario MCR [TEUR]	31.12.2023 IST	31.12.2022 IST
	9.128	8.046
Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen		
Berufsunfähigkeitsversicherung und proportionale Rückversicherung	4.391	2.601
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	24.637	20.006
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	4.336	3.505
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	2.149	1.637
Beistand und proportionale Rückversicherung	3	0
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	0	4
Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen		
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	7.940	10.145
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	1.322	1.440

Das MCR bewegt sich nach Vorgaben der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) in einem Korridor von 25 % SCR bis 45 % SCR. Bei der Berechnung gehen neben der BE-Rückstellung auch die gebuchten Netto-Prämien der letzten zwölf Monate ein. Im Geschäftsjahr 2023 beträgt das MCR 9.128 TEUR und somit etwa 27 % des SCR.

Wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Das SCR ist im Vergleich zum Vorjahr um 5.621 TEUR angestiegen. Dies liegt zum Teil am Bestandswachstum und dem damit verbundenen Anstieg des Naturkatastrophenrisikos. Des Weiteren erhöht sich aufgrund des Anstiegs der Netto-Schadenrückstellungen im Geschäftsbereich Feuer und Sach sowie des Aufbaus im Geschäftsbereich Rechtsschutz das Prämien- und Reserverisiko.

Das MCR steigt im Berichtszeitraum um 1.082 TEUR an. Dies ist vor allem auf einen Anstieg der Netto-Schadenrückstellungen sowie der Netto-Beitragseinnahmen in den Geschäftsbereichen Feuer und Sach und Rechtsschutz zurückzuführen.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Bei der Berechnung der Solvenzanforderung für das Untermodul Aktienrisiko wird kein durationsbasierter Ansatz gewählt.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Berechnungen erfolgen nach der Standardformel. Es wird kein internes Modell verwendet.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die aufsichtsrechtliche Bedeckung in Form der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und der Mindestkapitalanforderung (MCR) wird zum Berichtszeitpunkt und während des Berichtszeitraumes stets eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Alle wesentlichen Informationen zum Kapitalmanagement sind in den Kapiteln E.1 bis E.5 enthalten.

Anhang

	Solvabilität- II-Wert
	C0010
Vermögenswerte	
Immaterielle Vermögenswerte	R0030
Latente Steueransprüche	R0040 0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050
Sachanlagen für den Eigenbedarf	R0060 0
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070 101.078
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090 0
Aktien	R0100 11.363
Aktien – notiert	R0110 11.363
Aktien – nicht notiert	R0120
Anleihen	R0130 69.889
Staatsanleihen	R0140 18.426
Unternehmensanleihen	R0150 51.463
Strukturierte Schuldtitel	R0160
Besicherte Wertpapiere	R0170
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180 16.296
Derivate	R0190
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200 3.530
Sonstige Anlagen	R0210
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220
Darlehen und Hypotheken	R0230
Policendarlehen	R0240
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270 12.071
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280 8.127
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290 7.562
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300 565
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310 3.944
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320 3.944
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340
Depotforderungen	R0350
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360 2.055
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370 9.369
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380 896
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410 4.460
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420 9
Vermögenswerte insgesamt	R0500 129.937

		Solvabilität-II-Wert
		C0010
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	47.549
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	42.304
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	38.687
Risikomarge	R0550	3.617
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	5.245
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	4.956
Risikomarge	R0590	290
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	15.350
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	15.350
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	13.205
Risikomarge	R0640	2.145
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	
Risikomarge	R0680	
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	
Risikomarge	R0720	
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	176
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	262
Depotverbindlichkeiten	R0770	3.125
Latente Steuerschulden	R0780	4.087
Derivate	R0790	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	1.601
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	268
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	1.912
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	32
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	74.361
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	55.575

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern - Nichtleben

		Nichtlebensversicherungs verpflichtungen	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherung und Rückversicherungsverpflichtungen				
		C0010	C0020	C0021	C0022	C0023	C0024
	R0010	Herkunftsland					
Gebuchte Prämien (Brutto)							
Gebuchte Prämien (Direkt)	R0020	69.610					
Gebuchte Prämien (Proportionale Rückversicherung)	R0021	0					
Gebuchte Prämien (Nichtproportionales Rückversicherung)	R0022						
Verdiente Prämien (Brutto)							
Verdiente Prämien (Direkt)	R0030	68.622					
Verdiente Prämien (Proportionale Rückversicherung)	R0031						
Verdiente Prämien (Nichtproportionale Rückversicherung)	R0032						
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Brutto)							
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Direkt)	R0040	31.742					
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Proportionale Rückversicherung)	R0041						
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Nichtproportionale Rückversicherung)	R0042						
Angefallene Aufwendungen (Brutto)							
Angefallene Aufwendungen (Direkt)	R0050	34.732					
Angefallene Aufwendungen (Proportionale Rückversicherung)	R0051						
Angefallene Aufwendungen (Nichtproportionale Rückversicherung)	R0052						

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern - Leben

		Lebensversicherungs verpflichtungen	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Lebensversicherungsverpflichtungen und Rückversicherungsverpflichtungen				
		C0030	C0040	C0041	C0042	C0043	C0044
	R1010	Herkunftsland					
Brutto Gebuchte Prämien	R1020	2.666					
Brutto Verdiente Prämien	R1030	2.666					
Aufwendungen für Versicherungsfälle	R1040	1.491					
Brutto angefallene Aufwendungen	R1050	1.098					

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen (I)

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)								
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090
Gebuchte Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110		9.358					46.648	10.256	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120		0							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130									
Anteil der Rückversicherer	R0140		718					6.333	683	
Netto	R0200		8.640					40.315	9.572	
Verdiente Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210		9.428					45.718	10.313	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230									
Anteil der Rückversicherer	R0240		718					6.333	683	
Netto	R0300		8.710					39.385	9.629	
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310		3.425					23.794	2.722	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330									
Anteil der Rückversicherer	R0340		-1.405					3.942	521	
Netto	R0400		4.831					19.852	2.200	
Angefallene Aufwendungen	R0550		4.942					22.991	4.630	
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge	R1210									
Gesamtaufwendungen	R1300									

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen (III)

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)			Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft			Gesamt	
		Rechtsschutz- versicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport		Sach
		C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150		C0160
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	3.327	21					69.610	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120							0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130								
Anteil der Rückversicherer	R0140	110						7.844	
Netto	R0200	3.217	21					61.766	
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	3.142	22					68.622	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230								
Anteil der Rückversicherer	R0240	110						7.844	
Netto	R0300	3.032	22					60.778	
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	1.800	0					31.742	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340	0	0					3.058	
Netto	R0400	1.800	0					28.684	
Angefallene Aufwendungen	R0550	1.795	1					34.359	
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge	R1210							1.139	
Gesamtaufwendungen	R1300							35.498	

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen						Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene -versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung	Lebensrückversicherung	
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410	2.666								2.666
Anteil der Rückversicherer	R1420	1.027								1.027
Netto	R1500	1.639								1.639
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510	2.666								2.666
Anteil der Rückversicherer	R1520	1.027								1.027
Netto	R1600	1.639								1.639
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610	1.266				225				1.491
Anteil der Rückversicherer	R1620	2.371								2.371
Netto	R1700	-1.105				225				-880
Angefallene Aufwendungen	R1900	1.080								1.080
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge	R2510									
Gesamtaufwendungen	R2600									1.080
Gesamtbetrag Rückkäufe	R2700									

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (I)

	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung		Renten aus Nichtlebensversiche- rungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsver- pflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversiche- rungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensver- sicherung außer Krankenver- sicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)		
		Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien					
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0150
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010									
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020									
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Besten Schätzwert										
Besten Schätzwert (brutto)	R0030									
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080									
Besten Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090									
Risikomarge	R0100									
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200									

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (II)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet

Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge**Beste Schätzwert****Beste Schätzwert (brutto)**

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen

Beste Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

Risikomarge**Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt**

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)	
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
R0010						
R0020						
R0030			9.899	3.307		13.205
R0080			1.959	1.985		3.944
R0090			7.940	1.322		9.261
R0100	2.072			73		2.145
R0200	11.970			3.380		15.350

Versicherungstechnische Rückstellungen–Nichtlebensversicherung (Ia)

Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft									
	Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet									
R0010									
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet									
R0050									
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge									
Bester Schätzwert									
<u>Prämienrückstellungen</u>									
Brutto									
R0060		-1.164					4.347	86	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen									
R0140		-163					-1.169	-39	
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen									
R0150		-1.002					5.516	125	
<u>Schadenrückstellungen</u>									
Brutto									
R0160		6.120					26.168	6.129	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen									
R0240		728					7.047	1.917	
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen									
R0250		5.392					19.121	4.212	
Bester Schätzwert gesamt – brutto									
R0260		4.956					30.515	6.215	
Bester Schätzwert gesamt – netto									
R0270		4.391					24.637	4.336	
Risikomarge									
R0280		290					3.213	275	

Versicherungstechnische Rückstellungen–Nichtlebensversicherung (Ib)

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
R0320	5.245					33.728	6.490	
R0330	565					5.878	1.879	
R0340	4.680					27.850	4.611	

Versicherungstechnische Rückstellungen–Nichtlebensversicherung (IIb)

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

	Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft			Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt	
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nicht-proportionale Krankenrückversicherung	Nicht-proportionale Unfallrückversicherung	Nicht-proportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung		Nicht-proportionale Sachrückversicherung
	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0170	C0180
R0320	2.082	3						47.549
R0330	-195	0						8.127
R0340	2.277	3						39.422

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)

Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio

Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen

Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit

Überschussfonds

Vorzugsaktien

Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio

Ausgleichsrücklage

Nachrangige Verbindlichkeiten

Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche

Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann

Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können

Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen

Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	5.113	5.113			
R0030	409	409			
R0040					
R0050					
R0070					
R0090					
R0110					
R0130	50.053	50.053			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	55.575	55.575			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					
R0500	55.575	55.575			0
R0510	55.575	55.575			
R0540	55.575	55.575	0	0	0
R0550	55.575	55.575	0	0	
R0580	33.521				
R0600	9.128				
R0620	165,8%				
R0640	608,8%				

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)

Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte

Sonstige Basiseigenmittelbestandteile

Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	C0060
R0700	55.575
R0710	
R0720	
R0730	5.522
R0740	
R0760	50.053
R0770	-2.746
R0780	8.537
R0790	5.791

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

	Brutto- Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0090	C0120
Marktrisiko	R0010 10.410		
Gegenparteiausfallrisiko	R0020 1.280		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040 8.374		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050 38.593		
Diversifikation	R0060 -14.211		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070 0		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100 44.446		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

	C0100
Operationelles Risiko	R0130 2.165
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140 0
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0150 -13.090
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200 33.521
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a	R0211
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b	R0212
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c	R0213
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d	R0214
Solvenzkapitalanforderung	R0220 33.521
Weitere Angaben zur SCR	
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440

Annäherung an den Steuersatz

	Ja/Nein
	C0109
Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes	R0590 Approach based on average tax rate

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

	VAFLS
	C0130
VAF LS	R0640 -13.090
VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern	R0650 -4.087
VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn	R0660 -9.003
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr	R0670
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre	R0680
Maximum VAF LS	R0690

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit (I)

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR _{NL} -Ergebnis	C0010		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
	R0010	8.807		
			C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	4.391	8.637	
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050			
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060			
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070			
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	24.637	40.315	
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	4.336	9.572	
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	2.149	3.217	
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	3	21	
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130			
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150			
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160			
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170			

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit (II)

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040		
MCR _L -Ergebnis	R0200	322		
			C0050	C0060
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	7.940	 	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	0	 	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	 	 	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	1.322	 	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250	 	 	

Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070
Lineare MCR	R0300	9.128
SCR	R0310	33.521
MCR-Obergrenze	R0320	15.084
MCR-Untergrenze	R0330	8.380
Kombinierte MCR	R0340	9.128
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	4.000
		C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400	9.128

